

**Nr. 110**

**Erika Spiegel  
Detlev Ipsen  
Johann Jessen**

## **Stadtforschung**

**Zwanzig Jahre  
Arbeitsgruppe Stadtforschung  
an der Carl von Ossietzky Universität**

**1999**

# Oldenburger Universitätsreden

## Vorträge · Ansprachen · Aufsätze

herausgegeben von  
**Friedrich W. Busch und Hermann Havekost**

In der Reihe *Oldenburger Universitätsreden* werden unveröffentlichte Vorträge und kürzere wissenschaftliche Abhandlungen Oldenburger Wissenschaftler und Gäste der Universität sowie Reden und Ansprachen, die aus aktuellem Anlaß gehalten werden, publiziert.

Die *Oldenburger Universitätsreden* werden seit 1986 herausgegeben von Prof. Dr. Friedrich W. Busch, Institut für Erziehungswissenschaft 1, und Ltd. Bibliotheksdirektor Hermann Havekost, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung der Universität Oldenburg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die jeweiligen Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

### Anschriften der Herausgeber:

Prof. Dr. Friedrich W. Busch  
Institut  
für Erziehungswissenschaft 1  
Postfach 25 03  
26111 Oldenburg  
Telefon: 0441/798-4909  
Telefax: 0441/798-2325  
e-mail:  
fwbusch@hrz1.uni-oldenburg.de

Ltd. Bibl. Dir. Hermann Havekost  
Bibliotheks- und Informationssystem  
der Universität Oldenburg  
Postfach 25 41  
26015 Oldenburg  
Telefon: 0441/798-4000  
Telefax: 0441/798-4040  
e-mail:  
havekost@bis1.uni-oldenburg.de

### Redaktionsanschrift:

Oldenburger Universitätsreden  
Bibliotheks- und Informationssystem  
der Universität Oldenburg  
z.H. Frau Barbara Šíp  
Postfach 25 41  
26015 Oldenburg  
Telefon: 0441/798-2261  
Telefax: 0441/798-4040  
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

## ***Inhalt***

<i>Vorwort</i>	5
<i>Erika Spiegel</i>	
Soziologie und Planungspraxis	7
<i>Detlev Ipsen</i>	
Die sozialräumlichen Bedingungen der offenen Stadt - eine theoretische Skizze	39
<i>Johann Jessen</i>	
Das Entstehen der Stadtsoziologie in Deutschland. Werk und Wirkung von Alfred Georg Mahlsetter	57
<i>Autorin und Autoren</i>	81

## VORWORT

Mit einer öffentlichen Vortragsveranstaltung feierte die Arbeitsgruppe Stadtforschung (AGS) am 27. November 1998 ihr zwanzigjähriges Bestehen. Die mit der Oldenburger Forschergruppe verbundenen WissenschaftlerInnen Prof. em. Dr. Erika Spiegel, Heidelberg, Prof. Dr. Detlev Ipsen, Kassel, und Prof. Dr. Johann Jessen, Stuttgart, hielten die Festvorträge.

Die AGS im Institut für Soziologie wurde im Jahre 1978 im Fachbereich 3 Sozialwissenschaften der Universität Oldenburg gegründet. Ihr Leiter ist Professor Dr. Walter Siebel. Die AGS hat in der Zeit ihres Bestehens zahlreiche Forschungsprojekte durchgeführt - vorwiegend über stadtsoziologische und planungsbezogene Fragestellungen. Die Projekte, die eine Laufzeit zwischen drei Monaten und vier Jahren hatten, wurden von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Soziologie, Stadtplanung, Geographie und Psychologie bearbeitet. Praktizierte Interdisziplinarität ist ihr Markenzeichen.

Gegenstand der Forschung ist die Stadt als Ort des alltäglichen Lebens außerhalb der beruflich organisierten Arbeit. Das Spektrum der Forschungsarbeiten reicht von der Grundlagenforschung, in deren Zentrum der sozialräumliche Wandel steht, bis zu praxisbezogenen Projekten, die sich vor allem mit Fragen der Stadt- und Regionalplanung sowie der kommunalen Politik befassen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Forschung waren u. a. die Funktion und der Wandel des informellen Sektors, soziale und ökologische Aspekte des Wohnens sowie die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft. Gegenwärtig konzentrieren sich die Forschungen der AGS zum einen auf Fragen des Zusammenhangs von Migration und sozialer Integration resp. Ausgrenzung, zum anderen auf die Untersuchung von neuen Planungsstrategien, wofür die Internationale Bau-

ausstellung Emscher-Park und die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover herausragende Beispiele sind.

Die Autoren der in dieser Ausgabe der Oldenburger Universitätsreden veröffentlichten Texte verbanden ihren Auftritt in Oldenburg noch mit einem weiteren Datum, auf das wir gerne an dieser Stelle auch hinweisen. Der Leiter der AGS, Professor Dr. Walter Siebel, feierte im Oktober 1998 seinen 60. Geburtstag. Ihm, der von 1989 bis 1995 auch Wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park Gelsenkirchen war und dem 1995 der Fritz Schumacher Preis für seine stadtsoziologischen Forschungen verliehen wurde, sind die Vorträge zu seinem Geburtstag gewidmet. Für die Carl von Ossietzky Universität Oldenburg ist es bei ihrer Entwicklung und Ausprägung von Forschungsschwerpunkten von hohem Wert, daß Forscher wie Professor Walter Siebel an ihr tätig sind und dies seit vielen Jahren in ungebrochener Kontinuität. Siebel ist trotz Rufe an andere Universitäten seit seiner Berufung nach Oldenburg im Jahre 1975 an der Carl von Ossietzky Universität geblieben und lehrt hier Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalforschung. Seine zahlreichen Veröffentlichungen in international ausgewiesenen Publikationsorganen haben mit dazu beigetragen, daß der Name der Universität Oldenburg überregional bekannt und anerkannt wurde. Dafür ist ihm die Universität Oldenburg zu großem Dank verpflichtet.

Oldenburg, im April 1999

Prof. Dr. Friedrich W. Busch

**ERIKA SPIEGEL**

## *Soziologie und Planungspraxis*

### **1. Zum Thema**

Zunächst drei Vorbemerkungen zum Verständnis und zur Abgrenzung des Themas: Herr Siebel hat zwar sicher mit Bedacht das Thema dieses Referates nicht auf die Praxis der Stadtplanung beschränkt. Wenn ich mich trotzdem zunächst darauf konzentriere, so in erster Linie aus drei Gründen:

- zum einen, weil auf dieser Ebene die längsten Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Soziologen und Planern bestehen und sich daher auch der Wandel dieser Zusammenarbeit, der nicht zuletzt durch einen Wandel der Planungspraxis bedingt ist, am ehesten nachvollziehen läßt;
- zum anderen, weil hier die sozialen Voraussetzungen und Auswirkungen der Planung bei den davon Betroffenen, als deren Anwalt sich die Soziologie ja wohl nach wie vor versteht, am deutlichsten sichtbar sind;
- schließlich aber auch, weil sich nur im Bereich der kommunalen Bauleitplanung der Ablauf der Planung und die Akteure, die daran beteiligt sind, noch einigermaßen zuverlässig nachzeichnen lassen. Bei der Regional- und Landesplanung ist dies weit weniger der Fall, sofern sie sich nicht - wie bei der IBA Emscher-Park - in konkreten Projekten „vor Ort“ niederschlägt.

Was ich Ihnen hier bieten kann und will, ist persönlich gefärbt und soll es vermutlich auch sein. Gerade in diesem Kreise bin ich aber keineswegs einer der sogenannten „letzten lebenden Zeitzeugen“. Im März 1967, als ich selbst noch bei Rudolf

Hillebrecht in Hannover in die Lehre ging, hat sich Herr Siebel, der Initiator Ihrer Arbeitsgruppe, bereits sehr kompetent „Zur Zusammenarbeit zwischen Architekten und Soziologen“ geäußert (Siebel 1967). Ihm gebührt also eigentlich der Vortritt.

Von „Zeitzeugen“ erwartet man ja wohl, daß sie auch die Zeitgeschichte zu Wort kommen lassen, vor allem, wenn man sie zu Jubiläen einlädt. Dies will ich denn auch tun, mich dabei allerdings konzentrieren auf:

- die Ausgangssituation um 1960, als sich Soziologie und Stadtplanung zumindest in der Bundesrepublik zum ersten Mal mehr oder weniger direkt begegneten und dabei auch sogleich die unterschiedlichen Ansatzpunkte und Denktraditionen deutlich wurden, die das Verhältnis auf lange Zeit prägen sollten;
- die erste Phase dieser Begegnung, die daher auch durch zahlreiche wechselseitige Mißverständnisse geprägt war;
- die Phase der „Verwissenschaftlichung“ der Planung, die etwa um das Jahr 1965 einsetzt, und in der die Soziologie, wie andere - je nach Perspektive - entweder „Hilfs-“ oder „Grundlagenwissenschaften“ der Planung auch, Gelegenheit erhielt, ihre Erkenntnisse in konkrete städtebauliche Projekte einzubringen;
- die Gegenwart, in der sich „die“ Planungspraxis in zahlreiche, in ihrem Zusammenwirken nur noch schwer überschaubare Planungspraxen mit unterschiedlichen Projekten, Akteuren und Zielsetzungen ausdifferenziert hat, und in der daher auch die Soziologie gezwungen ist, sich in ihrem Verhältnis zur Planungspraxis auszudifferenzieren.

## **2. Ausgangssituation**

Stadtsoziologie - um die es hier ja zunächst vor allem geht - und Stadtplanung sind verbunden durch das gemeinsame Interesse an der Stadt. Für die Soziologie war und ist die Stadt

dabei jedoch in erster Linie Erkenntnisobjekt, für die Planung ist sie Handlungsobjekt.

Hieraus resultieren Unterschiede der Denkstrukturen und Denktraditionen, die vor allem betreffen den Gegensatz zwischen

- kritischem Denken und normativem Denken
- analytischem Denken und ganzheitlichem Denken
- theoriegeleitetem Denken und pragmatischem Denken.

Hinzu kommt, daß der Planer, zumindest soweit er von der Architektur herkommt, weit mehr in Bildern denkt und oft Mühe hat, diese in adäquate Begriffe zu übersetzen, der Soziologe aber dann gerade diese für bare Münze nimmt.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit den Voraussetzungen und Konsequenzen dieser Unterschiede wäre ein Thema für sich. Sie kann hier nicht erfolgen. Wohl aber muß schon deswegen an diese Unterschiede erinnert werden, weil sie immer noch zu zahlreichen Mißverständnissen und Irritationen zwischen den Disziplinen Anlaß geben.

### **... auf Seiten der Stadtplanung**

Bis jetzt war, vom Titel angefangen, immer von Soziologie und Stadtplanung die Rede, nicht von Stadtplanung und Soziologie. Will man historisch genau sein, so müßte die Reihenfolge aber umgekehrt lauten, nicht von Soziologie und Stadtplanung die Rede sein, sondern von Stadtplanung und Soziologie. Warum? Weil die Stadtplanung weit früher von der Soziologie Kenntnis genommen hat als zumindest die deutsche Soziologie von der Stadtplanung. Daher auch zunächst zur Ausgangssituation auf Seiten der Stadtplanung.

So einschneidend die Zäsur des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges im Nachhinein wirkt - die Denkstrukturen, die Zielsetzungen und auch das Selbstverständnis der Pla-



nung waren auch um 1960 noch weitgehend durch historische Vorbilder und Erfahrungen geprägt, die ihre Wurzeln tief im neunzehnten, dann aber auch in den zwanziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts hatten, in denen die Mehrzahl der Planer ihre Ausbildung erfahren hatte. Dies betrifft in erster Linie

- das Verständnis von Stadtplanung als einer umfassenden Ordnungsaufgabe, die immer nicht nur als eine baulich-räumliche, sondern auch als eine funktionale und soziale Ordnungsaufgabe verstanden wird - und die auch eine Glücksverheißung einschließt;
- die Erfahrung des unkontrollierten Stadtwachstums im 19. Jahrhundert, eines Wachstums, das sich zunächst jeder Ordnung zu entziehen schien, spätestens seit Wiederauftreten längst totgeglaubter Seuchen und der reihenweisen Ausmusterung untauglicher Rekruten aus den Elendsvierteln der Großstädte aber nach Kontrolle und Steuerung verlangte, das darüber hinaus aber in Gestalt der Wohnungsreformbewegung auch Gegenkräfte freisetzte, die wiederum ein baulich-räumliches mit einem sozialen Programm verbanden;
- das Selbstverständnis des Stadtplaners als des berufenen Interpreten des „Allgemeinen Wohls“, das er wider die „privaten“ oder, wie es immer wieder heißt, auch wider die „partikularen“ Interessen der Parteien, Fraktionen und Verbände zu vertreten hatte.

### *Stadtplanung als umfassende Ordnungsaufgabe*

Das Denken in und das Darstellen von Ordnungen ist zweifellos ein Erbe der Architektur. Immer schon hat sich der Architekt - und die meisten Stadtplaner waren ja von Hause aus Architekten - als der geborene Ordner, ja der Bändiger des Chaos verstanden. In der Stadtplanung gewinnt das Denken in Ordnungen jedoch noch eine andere Qualität. Es geht nicht mehr nur um die Ordnung der unterschiedlichen Lebens- und

Arbeitszusammenhänge, wie sie schon jeder Grundriß eines Einzelgebäudes notwendig impliziert, sondern um die Ordnung des menschlichen Zusammenlebens schlechthin. Alle Idealstadtentwürfe, von Vitruv über Filarete bis Ledoux, legen davon Zeugnis ab, und erst recht die Entwürfe der Nicht-Architekten Fourier, Owen und Buckingham, die auch ihrerseits immer ein baulich-räumliches mit einem funktionalen und sozialen Programm verbanden.

Das Denken in umfassenden Ordnungen steht aber auch hinter allen gegen Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden Versuchen, das Arbeits- und Aufgabengebiet der städtebaulichen Planung auch theoretisch genauer zu bestimmen. Schon im ersten Lehrbuch des Städtebaus von Joseph Stübben aus dem Jahr 1890 heißt es, daß der Städtebau „eine umfassende Tätigkeit für das körperliche und geistige Wohlbefinden der Bürgerschaft“ sei (Stübben 1890; zit. nach Albers 1964, 12). Und mit der gleichen Gewißheit wird 1910 im Vorwort zu einem späteren Lehrbuch erklärt, daß „Sozialwissenschaftler, Architekten, - in dieser Reihenfolge! - „Kunstästhetiker und Ingenieure die Resultate ihrer Wissenschaft und praktischen Erfahrung zur gemeinsamen Lehre vom Städtebau“ zusammentragen (MacLean 1910; zit. nach Albers 1964, 12). Die Beispiele ließen sich vermehren. Sie sind bei Gerd Albers nachzulesen.

Es sind also keineswegs erst die Verfasser der Charta von Athen, denen man dies später gern anlastet, die diese Ordnungsaufgabe zum Postulat erheben. Wenn sie in der sogenannten „Erklärung von La Sarraz“ von 1928 gleich zu Beginn des Abschnittes über „Stadt- und Landesplanung“ einigermaßen lapidar feststellen, daß „Stadt- und Landesplanung“ die „Organisation sämtlicher Funktionen des kollektiven Lebens in der Stadt und auf dem Lande“ sei (zit. nach Conrads 1964, 104 f.), so stehen sie damit in einer langen Tradition.

Es konnte daher auch kaum ausbleiben, daß die kurz darauf, 1929, wenn auch aus ganz anderen Quellen geborene Idee

einer Gliederung der Stadt in Nachbarschaftseinheiten, die ebenfalls baulich-räumliche mit sozialen Ordnungselementen verband (vgl. Perry 1929), gerade bei der städtebaulichen Planung auf offene Ohren stieß und alsbald, neben der „Trennung der Funktionen“, zum zweiten dominierenden Ordnungsprinzip des neueren Städtebaus wurde, und zwar weltweit. Kaum leugnen läßt sich allerdings auch, daß zumindest in der Bundesrepublik mit dem Leitbild der (in Nachbarschaften) „gegliederten und aufgelockerten Stadt“ (Göderitz-/Rainer/Hoffmann 1957) nicht nur, aber auch weit weniger progressives, auf die konservative Großstadtkritik fixiertes Gedankengut in den Städtebau der Nachkriegszeit einflöß, vielleicht sogar ohne daß den Protagonisten dieses Leitbildes so recht klar war, in welchem „Nebel von Vorurteilen“ (Bahrdt 1969, 35 ff.) sie da herumstocherten und wie belastet diese Tradition war.

### *Stadtplanung und Wohnungsreform*

Die „Funktion“ aber, die am frühesten und dringlichsten einer solchen Ordnung zu bedürfen schien, war der Wohnungsbau, und zwar der Wohnungsbau für die, wie es schon bei Victor Aimé Huber heißt, „kleinen Leute in den großen Städten“ (Huber 1857). Während aber für die Architektur der Bau von Arbeiterwohnungen noch lange Zeit „zu wenig architektonisches Interesse“ bot, erkannte der Städtebau schon relativ bald, daß die „Fürsorge für die kleinen Wohnungen, ihre Anzahl, Zweckmäßigkeit und ihr richtiges Verhältnis zu den übrigen Baulichkeiten“ (Arminius 1874; zit. nach Hegemann 1963, 260) zu seinen vornehmsten Aufgaben gehörte. Und daß auch diese Fürsorge sich nicht nur auf die bauliche Verbesserung der Wohnungen beschränken konnte, sondern auch die Organisation und Finanzierung des Wohnungsbaus mit einschließen mußte, für die daher auch schon früh genossenschaftliche Lösungen gefordert wurden. Mochte der Bau der ersten Arbeiter- und Zechenkolonien noch von patriarchalisch gesonnenen

Unternehmern ausgegangen sein, die um die Jahrhundertwende einsetzende Gartenstadtbewegung, eine der folgenreichsten städtebaulichen Bewegungen der neueren Zeit, hätte kaum so schnell so viele Anhänger gewinnen können, wenn nicht auch sie eine Lösung der Wohnungsfrage versprochen hätte, und zwar ebenfalls auf genossenschaftlicher Grundlage. Auch das 1909 erstmals erschienene „Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage“ von Rudolf Eberstadt erlebte nicht zuletzt deswegen in zwölf Jahren vier Auflagen und wurde zu einer Art Bibel des Städtebaus, weil dort das „politische Parteiwesen“ der Zeit für das Wohnungselend verantwortlich gemacht und statt dessen ein genossenschaftlicher Wohnungsbau gefordert wurde. Noch weiter ging Roman Heiligenthal, der 1921 in einem weit verbreiteten Buch „Deutscher Städtebau“ daraus den Schluß zog, daß Wohnungs- und Bodenpolitik nur dann von Erfolg gekrönt sein könnten, wenn auch die „Ordnung der Produktion auf genossenschaftlicher Grundlage“ erfolge (Heiligenthal 1921, 214). Auch für den Städtebau war die Wohnungsfrage also keineswegs nur eine bauliche und eine hygienische Frage, sie war ebenso eine soziale Frage.

Erst recht aber waren die Siedlungen des „Neuen Bauens“, die in den zwanziger Jahren den Sozialen Wohnungsbau vorantreiben sollten, von einem gleichermaßen wohnungs- wie sozialreformerischen Elan getragen. Liest man heute die Aussagen von Martin Wagner, Ernst May und Bruno Taut zu den von ihnen geplanten Siedlungen, so teilt sich einem dieser Elan auf jeder Zeile mit. So sind für Martin Wagner, der damit auch gewerkschaftliche Ideen aufgreift, diese Siedlungen immer auch Beispiel und Symbol für die „Genossenschaftstadt“ und damit einer vom „Geist des genossenschaftlichen Kollektivs“ geprägten Bauform (Wagner 1926; zit. nach Hilpert 1980, 71). Auch die Stilisierung der Serie, die dort im großen Stil betrieben wird, ist nicht nur ästhetisches, sondern auch soziales Programm. „Alle Versuche, künstlich den Individualbau

am Leben zu erhalten“, heißt es bei Ernst May, widersprechen so sehr der „kollektivistischen Evolution“ in allen Lebensbereichen, daß nichts „unlogischer und unwahrer“ wäre, als wenn man diese Tatsache gerade im Wohnungsbau verleugnen wollte (May 1930; zit. nach Hilpert 1980, 28). Und wenn Bruno Taut die „Scheinarchitektur“ der „Wohnpaläste“ des Wiener Arbeiterwohnungsbaus schmäht, so vor allem deswegen, weil, wie er sagt, nur „die Wiederholung einer tausendfachen Einheit allein den Rhythmus der Gleichheit der Massen wiederholen könnte“ (Taut 1930; zit. nach Hilpert 1980, 28). Nichts wie Ideologie, wird der Soziologe sagen - aber vielleicht war es auch nur ein bißchen viel Idealismus.

### *Der Stadtplaner als Vertreter des Allgemeinen Wohls*

Es nimmt kaum wunder, daß nach alledem, vor allem aber nach dem Kampf für eine gerechtere Bodenordnung und einen wahrhaft sozialen Wohnungsbau, sich gerade die progressiven Stadtplaner als die berufenen Vertreter des Allgemeinen Wohls verstanden, und zwar eines Allgemeinen Wohls, das nicht nur gegen die „privaten“ Interessen der Bodenspekulation, sondern auch gegen die „partikularen“ Interessen der politischen Parteien durchgesetzt werden mußte, und zwar der politischen Parteien jedweder Richtung. Insofern war es nur konsequent, daß auch eher „links“ orientierte Planer lange Zeit parteipolitisch ungebunden blieben - und daß sich ihnen auch die Frage nach dem Bauherrn der Planung in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft nicht stellte. Der Planer war - besten Gewissens - sein eigener Bauherr. Er ist es, der, wie es bei Cornelius Gurlitt heißt, „den Wert der Dinge zu schätzen und gegeneinander abzuwägen“ wissen muß (Gurlitt 1920, 3). Wer sich die Vorschrift im § 1 des Baugesetzbuches, daß „bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und die privaten Belange gerecht gegeneinander und untereinander abzuwägen“ seien, personalisiert und internalisiert denkt, wird auch hier Kontinuitäten erkennen können.

### **... auf Seiten der Soziologie**

Daß die städtebauliche Planung den Bereich des Sozialen und die Bedeutung der Sozialwissenschaften für ihre eigene Arbeit nicht schon früh erkannt hätte, wird man ihr also kaum nachsagen können. Hatte auch die Soziologie zur gleichen Zeit und angesichts der gleichen desolaten Wohnverhältnisse den Bereich und die Bedeutung des Städtebaus für „das Soziale“ erkannt?

Es wäre ungerecht, wollte man diese Frage sogleich und pauschal mit Nein beantworten. Immerhin gab es im 19. Jahrhundert auch in Deutschland zwar keinen theoretischen Soziologen, wohl aber eine ganze Reihe von namhaften Sozialpolitikern unterschiedlichster Couleur, die sich mit großem moralischem Impetus der immer dringlicher werdenden Wohnungsfrage annahmen, von dem streng christlich-konservativen Victor Aimé Huber bis zu dem (Mit)Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Friedrich Engels, von dem Berliner Statistiker Ernst Bruch bis zu den sogenannten Kathedersozialisten, denen immerhin die schonungslos gründlichen Enqueten des Vereins für Socialpolitik über „Die Wohnungsnot der ärmeren Klassen in deutschen Großstädten“ zu verdanken sind. Aber wie stand es mit der „eigentlichen“, der wissenschaftlichen Soziologie?

In die gleichen Jahrzehnte, in denen sich der Städtebau als eigenständige Disziplin konstituierte und dabei auch sogleich seine enge Verbindung zu den Sozialwissenschaften bekundete, fällt auch die erste theoretische Beschäftigung der Soziologie mit dem Thema „Stadt“. 1909 erscheint die Untersuchung von Werner Sombart über den „Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung“, 1921 der Aufsatz von Max Weber über „Die Stadt“, der nur wenig später in „Wirtschaft und Gesellschaft“ Aufnahme fand. In beiden Fällen handelt es sich, der Herkunft der Verfasser aus der historischen Schule der Nationalökonomie entsprechend, jedoch in erster Linie

um historisch-soziologische Analysen. Die industrielle Großstadt des späten 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in der beide lebten und lehrten und die kurz zuvor den Verein für Socialpolitik, in dem sie eine hervorragende Rolle spielten, beschäftigt hatte, wird kaum in Ansätzen sichtbar.

Georg Simmel zielte mit seinem berühmten Vortrag von 1903 über „Die Großstädte und das Geistesleben“ zwar auf eben diese industrielle Großstadt, aber weniger auf ihre sozial- und wohnungspolitischen Probleme als auf die „Steigerung des Nervenlebens“ und die spezifischen Verhaltensweisen, die das enge Zusammenleben einer großen Zahl einander unbekannter Personen diesen abnötigte. Ebenso ist Simmel zwar der erste und einzige unter den soziologischen Klassikern, der dem kurz darauf eine Untersuchung über den „Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft“ folgen läßt. Daß er diese „räumlichen Ordnungen der Gesellschaft“ aber, zum Beispiel, auch auf Berlin, wo er den größten Teil seines Lebens verbracht und wo in seiner Jugend der Kampf um die Berliner Bauordnung, die Bodenspekulation und den Hobrechtschen Bebauungsplan getobt hatte, bezogen hätte, ist nicht bekannt. Außerdem waren Simmel und diese Untersuchungen um 1960 nahezu vergessen.

Breitere Resonanz war aber auch Sombart und Weber in den zwanziger Jahren nicht beschieden. Von den 39 gemeindesoziologischen Titeln aus den Jahren 1918-1933, die René König 1958 anführt, stammen nur vier von deutschen Soziologen, neben Sombart und Weber auch von Leopold von Wiese. Elisabeth Pfeil, an der Großstadtforschung allgemein interessiert, weist für die gleichen Jahre zwar 61 Titel aus, darunter 25 deutsche, aber nur neun von Soziologen. Und sie vermerkt dazu im Text, daß es ein „merkwürdiger und bezeichnender Zug der deutschen Soziologie (sei), daß sie sich vorwiegend großen Konstruktionen und der Herausarbeitung von Idealtypen zugewandt hat und darüber die Erforschung von realen Typen des täglichen Lebens und des Großstadtdaseins ver-

säumt hat“ (Pfeil 1972, 69). Zum Vergleich: als sich 1928 jemand daran machte, die bis dahin veröffentlichten stadtsoziologischen Arbeiten der Chicagoer Schule der Sozialökologie zu zählen, kam er auf 2 775 Titel, und nicht wenige davon nahmen ausdrücklich bezug auf die Zusammenhänge zwischen Stadtsoziologie und Stadtplanung.

So waren es denn auch amerikanische Soziologen, die nach 1945 die ersten gemeindesoziologischen Untersuchungen in der Bundesrepublik initiierten, finanzierten und wissenschaftlich betreuten, allen voran die sogenannte Darmstadtstudie, deren zehn Bände ab 1952 erschienen (vgl. u.a. Pfeil 1972, 76 ff.). In die frühen fünfziger Jahre fallen aber auch schon die empirischen Vorarbeiten zu einer ganzen Reihe anderer, ab 1958 in rascher Folge erscheinender Gemeindestudien, so der Arbeit von Renate Mayntz über Euskirchen (1958), von Helmut Croon und Klaus Utermann über „Steinfeld“ (1958), von Rainer Mackensen u.a. über Dortmund (1959), von Martin Irle über Stuttgart (1960), von Arnold Bergsträsser, Friedrich H. Tenbruck u.a. über Karlsruhe (1965). Sofern diese Städte von den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges betroffen und noch im Wiederaufbau befindlich waren, wurde dies zwar erwähnt, aber eher am Rande. Die Grundsätze und Leitbilder der Planung, nach denen der Wiederaufbau erfolgte, auch die Planung selbst wurden nicht zum Thema. Nur Helmut Klages hat sich in seiner Dissertation von 1958 „Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt“ gezielt eines planungsrelevanten Themas angenommen. Das war aber eine Ausnahme. In der 1959 datierten „Ortsbestimmung der deutschen Soziologie“ von Helmut Schelsky gibt es zwar ein Kapitel „Soziologie als Planungswissenschaft“, das sich aber offenbar nur dem 1951 erschienenen Buch von Karl Mannheim „Freedom, Power and Democratic Planning“ verdankt. Das Wort Stadtplanung kommt darin jedenfalls nicht vor.



In dieser Beziehung sieht also die Eröffnungsbilanz der Soziologie um 1960 nicht sehr vielversprechend aus. Was die Soziologie einbringen konnte, was jedenfalls die Soziologen einbrachten, die sich jetzt erstmals mit der städtebaulichen Planung auseinandersetzten, war etwas ganz anderes: nämlich das Verständnis der Soziologie als einer in der Aufklärung begründeten und der Aufklärung verpflichteten Wissenschaft, die es nicht hinnehmen konnte und wollte, daß hier mit Begriffen und Ideen hantiert wurde, die, anders als es die meisten Planer selbst wahrnehmen mochten, keineswegs (nur) in einer progressiven Wohnungsreform- und Bodenpolitik wurzelten, sondern einerseits in einer höchst konservativen Großstadtkritik, andererseits in planerischen Omnipotenzvorstellungen, die nicht einmal den bescheidensten Ansprüchen an eine demokratische Legitimation genügten.

### **3. Die erste Phase: die Soziologie als Bauherr der städtebaulichen Planung?**

Was den Planern denn auch von Hans Paul Bahrdt, Helmut Klages, Heide Berndt ebenso wie von dem Arzt und Psychotherapeuten Alexander Mitscherlich um die Ohren geschlagen wurde, waren Fragen wie, ob die Gliederung in Nachbarschaften noch heutigem nachbarlichem Verhalten entspreche, ob die „Trennung der Funktionen“ in der Tat funktional sei, ob, fast noch schlimmer, der Soziale Wohnungsbau denn wirklich sozial, und, vielleicht am schlimmsten, ob der Planer selbst überhaupt Vertreter des Allgemeinen Wohls, ob er nicht eher Handlanger kapitalistisch oder sonstwie begründeter, in jedem Falle höchst verwerflicher Herrschaftsinteressen sei. Es gab keinen unter den Glaubenssätzen der Planung, der nicht mit einigem Erfolg auseinandergenommen und einer mehr oder weniger unnachsichtigen Kritik unterzogen worden wäre.

Erstaunlich ist daran im nachhinein weniger, daß diese Kritik geäußert wurde als wie klaglos sie von den Planern hinge-

nommen wurde. Mir ist aus diesen Jahren keine einzige dezidierte Replik bekannt, in der auf die eigenen praktischen Verdienste verwiesen, der Soziologie aber nun ihrerseits ihre Praxisabstinenz auf diesem Gebiet um die Ohren geschlagen worden wäre. Das mag auch damit zusammenhängen, daß hier mit sehr ungleichen Waffen gekämpft wurde: Einer Wissenschaft, die seit Jahrzehnten in hermeneutischer Textkritik geübt war, stand eine Praxis gegenüber, die eher mit Skizzen und Plänen als mit Texten umzugehen wußte und die noch dazu die Tendenz hatte, sich, um mit Hans Paul Bahrdt zu sprechen, „vermanschter Begriffe“ zu bedienen, ohne lange über deren Ursprung und Klärungsbedarf nachzudenken. Darüber hinaus war aber offenbar auch schon vorher die Unsicherheit groß, hatte man sich in seiner Bauherrenrolle nicht immer wohlgefühlt.

Die Reaktion war denn auch eine andere, nicht weniger verständliche. Wenn es da offensichtlich eine Wissenschaft gab, die für gesellschaftliche Bedürfnisse und Bewertungsmaßstäbe zuständig und in der Formulierung entsprechender Zielsetzungen bewandert war, so möge doch sie dem Städtebau diese Bedürfnisse und Bewertungsmaßstäbe vermitteln, diese Zielsetzungen vorgeben und insofern den fehlenden Bauherren ersetzen.

So aber hatten es die Soziologen nicht gemeint. Entsprechend kühl waren die Reaktionen. Der größere Teil der Kritiker, selbst der sonst keiner gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung aus dem Wege gehende Hans Paul Bahrdt, wies darauf hin, daß es weder die Aufgabe der Soziologie sein könne, zu sagen, was sein soll (Bahrdt 1969, 32), noch die Rolle des Sozialwissenschaftlers darin bestehen dürfe, gesellschaftspolitische Ziele zu definieren (Bahrdt 1964, 19), oder daß, wie Helmut Klages sagte, der Soziologe Leitnormen nicht bekannt geben könne, weil sie „in der Form eines erfahrungswissenschaftlich aufdeckbaren und zugleich beweisbaren Kenntnisstandes gar nicht existieren“ (Klages 1966, 66 f.). Walter Siebel

war einer der wenigen, die jedenfalls eine Art Stellvertreterrolle akzeptierten und bestätigten, daß, solange „der bauherrliche Wille der Gesellschaft so unscharf formuliert ist, ... sich der Stadtplaner wie der Architekt an den Soziologen wenden müssen“ (Siebel 1967, 1014).

Dies war 1967. Die weitere Diskussion darüber, wer denn nun der Bauherr der Planung sei und ob dies nicht in der Tat der Politiker sein müsse, erledigte sich kurz darauf weitgehend von selbst. Man schrieb das Jahr 1968 ff., und wenn auch die damalige Politikergeneration den „68ern“ kaum geeignet erscheinen mochte, gesellschaftspolitische Ziele zu definieren, aus denen die Planung ihre Leitnormen beziehen könnte, die Einsicht, daß Planung ein eminent politisches Geschäft sei, dessen Bewertungsmaßstäbe und Zielsetzungen nicht den Planern allein überlassen werden könnten, war danach nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

#### **4. Die Verwissenschaftlichung der Planung**

Fast gleichzeitig mit der politischen Eingrenzung fand aber auch eine Verwissenschaftlichung der Stadtplanung statt, die zwar nicht nur die Soziologie, diese aber in besonderem Maße betraf. Soziologen wurden als Gutachter und Sachverständige herangezogen, erhielten Sitz und Stimme in wissenschaftlichen und anderen Beiräten, waren Preisrichter in städtebaulichen Wettbewerben, wurden in Planungsämtern beschäftigt. 1968 wurde an der Universität Dortmund der erste Lehrstuhl für „Soziologische Grundlagen der Raumplanung“ eingerichtet, allerdings nicht von ungefähr an einer neuen Universität in einem neuen Studiengang. An den bestehenden Architekturfacultäten war dies nicht durchzusetzen gewesen.

Ich kann und will die Chancen, die sich aus dieser Verwissenschaftlichung der Planung für die Soziologie ergaben, hier nicht im Zusammenhang darstellen. Ich beschränke mich statt dessen auf ein Fallbeispiel, das mir dafür jedoch besonders ge-

eignet erscheint, zumal es auch die Grenzen, die dem Fach dabei gesetzt sind, besonders deutlich macht.

Es handelt sich dabei um die (erste) Programmplanung für den neuen Hamburger Stadtteil Billwerder-Allermöhe, eines der letzten großen Stadterweiterungsprojekte der Nachkriegszeit, das 1971 von Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt beschlossen wurde, zu einer Zeit also, als die Planungsschelte von Hans Paul Bahrdt, Heide Berndt und Alexander Mitscherlich, mehr noch auch die der Architekturkritikerin Jane Jacobs in aller Ohren klang. Konnten die bis dahin gebauten Siedlungen vielleicht noch mit einigem Recht der Gesichtlosigkeit, Monotonie, Anonymität, der fehlenden „Heimatlichkeit“ geziehen werden, nun wollte man es besser machen, und in Hamburg allemal.

Das Vorhaben als solches war auch anspruchsvoll genug. Gegenstand der Planung war ein Gebiet von 2 300 ha im Osten Hamburgs, das zunächst 100 000, dann 76 000 Einwohner haben und, wie es in der diesbezüglichen Senatsdrucksache heißt, dazu beitragen sollte, „den durch ständige Abwanderung junger und aufstrebender Familien bedingten unausgewogenen Altersaufbau der Bevölkerung zu verbessern und einer ungünstigen Entwicklung der Sozialstruktur vorzubeugen“.

Zu diesem Zweck wurde ein Gutachterverfahren eingeleitet. Eingeladen wurden fünf namhafte Planungsbüros, von denen, unter anderem, Aussagen über ein „Bevölkerungsmodell“ für den neuen Stadtteil erwartet wurden, das den obengenannten Zielen des Senats gerecht wurde. Gleichzeitig wurden, zusammen mit zahlreichen Sachverständigen, auch schon die Obergutachter bestellt, die das Verfahren begleiten und mit Empfehlungen an den Senat abschließen sollten. Diesen war es daher auch anheimgestellt, den zunächst ziemlich hanseatisch-nüchternen Ausschreibungstext noch zu korrigieren oder zu ergänzen.

Die Obergutachter aber hatten sich noch mehr als der Senat die massive Kritik an den bisherigen Siedlungen zu Herzen genommen und ergänzten die Ausschreibung daher insofern, als nun als vorrangige Ziele der Planung genannt wurden:

- die Erzeugung einer „Identität‘ des neuen Stadtteils in doppelter Hinsicht, einmal als Voraussetzung für eine möglichst vollständige Identifizierung der künftigen Bürger mit ihrer Umgebung und zum anderen im Sinne eines Herausarbeitens eines ‘Stadtteilcharakters‘ von besonders aus der gegebenen topographischen Situation zu entwickelnder Eigenart“;
- eine Gliederung der Flächen in dem Sinne, daß „durch Erlebnisreichtum und Überschaubarkeit der Teilbereiche ein räumliches Milieu entsteht, das Ansätze bilden kann für ein ‘Heimatgefühl‘ der Bevölkerung.“

Als dann die Gutachten vorlagen, stellte sich heraus, daß vier von fünf Gutachtern es vorgezogen hatten, die ergänzenden Forderungen der Obergutachter zu ignorieren, allenfalls auf die lange Laufzeit des Projektes und die Schwierigkeit zu verweisen, im Rahmen eines Programmplanes bereits Aussagen zu einem Bevölkerungsmodell zu machen. Nur ein Gutachter war voll auf diese Forderungen eingegangen, hatte zu diesem Zweck einen jungen Soziologen eingestellt und diesen mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur „Sozialräumlichen Gliederung von Billwerder-Allermöhe“ beauftragt.

Das Ergebnis war eine überaus sorgfältige und gewissenhafte Arbeit. Der Soziologe hatte seine Lektion gelernt und genau das getan, was ein wissenschaftlich arbeitender Soziologe in einem solchen Falle hätte tun müssen. Er hatte nämlich

- zunächst die gesamte einschlägige Literatur auf empirisch fundierte Aussagen zu den, wie er es nennt, „Lebensorientierungen und Verhaltensmustern unterschiedlicher soziokultureller Gruppen“ durchgesehen und daraus großforma-

tige Übersichten erstellt, die über die Familienverhältnisse, Freizeitgewohnheiten, Verkehrskreise etc. von Höheren bzw. Leitenden Beamten und Angestellten, sonstigen Beamten und Angestellten sowie Arbeitern Auskunft gaben;

- sodann die Argumente, die für und gegen eine Mischung sozialer Schichten in einem Quartier sprechen, zusammengetragen und, in Anlehnung an den amerikanischen Soziologen Herbert J. Gans und seinen Aufsatz über „Homogenität oder Heterogenität in Wohngebieten?“ (Gans 1974), daraus abgeleitet, daß zwar nur die Dominanz einer soziokulturellen Gruppe einem Quartier eine „soziale Physiognomie“ verleihen könne, daß aber doch, zur Vermeidung einer „Ghettobildung“, eine „gemäßigte Heterogenität“ vorzuziehen sei.
- Seine diesbezüglichen Empfehlungen lauten daher, daß
  - in jedem Quartier ein subkulturelles Milieu überdurchschnittlich vertreten sein sollte, wobei andere Gruppen einen gewissen Mindestanteil nicht unterschreiten dürfen,
  - die Versorgung mit Wohn- und Gemeinbedarfseinrichtungen sich dann an den Bedürfnissen der jeweils überwiegenden Quartiersgruppe zu orientieren habe. Dabei sei insbesondere in den Quartieren, in denen Arbeiter dominierten, eine überdurchschnittliche Ausstattung anzustreben.

Für die weitere Konkretisierung dieser Empfehlungen bezieht er sich auf die Untersuchung von Peter Braun über die „Sozialräumliche Gliederung Hamburgs“ (1968) und die dort ermittelten Quartierstypen, überträgt diese auf Billwerder-Allermöhe und schlägt vor

- einen Quartierstyp „x“ mit einem Anteil von mehr als 50 % Arbeitern und maximal 10 % Höheren Beamten und Leitenden Angestellten;

- einen Quartierstyp „y“ mit einem Anteil von mehr als 50 % sonstigen Angestellten und Beamten, 30-40 % Arbeitern und maximal 10 % Höheren Beamten und Leitenden Angestellten;
- einen Quartierstyp „z“, das sogenannte „Mittelstandsviertel“, mit 10-30 % Höheren Beamten und Leitenden Angestellten, 30-45 % Sonstigen Beamten und Angestellten und nur, aber immerhin noch 20-35 % Arbeitern.

Zum Abschluß berechnet er die für jeden Quartierstyp erforderlichen Infrastruktureinrichtungen, immer unter besonderer Berücksichtigung der jeweils schwächsten Gruppe. Insgesamt eine - scheinbar - mustergültige und auch insofern mutige Arbeit, als sich die Soziologie hier einmal nicht nur von ihrer ideologiekritischen Seite zeigt, sondern auch den Sprung von der wissenschaftlichen Analyse zur praktischen Anwendung gewagt hatte.

Wie wurde die Arbeit aufgenommen? Die Mehrzahl der anwesenden Obergutachter und älteren Behördenvertreter nahmen die Empfehlungen etwas verlegen zur Kenntnis, was sie insofern auch relativ unauffällig tun konnten, als das Gutachten aus anderen Gründen nicht für eine weitere Bearbeitung in Frage kam. Die Soziologen und jüngeren Behördenvertreter steckten die Köpfe zusammen und stritten zunächst darüber, ob ein solches Modell überhaupt organisatorisch durchsetzbar sei, mehr aber noch darüber, ob es nicht politisch naiv, wenn nicht sogar politisch verwerflich, weil sozialtechnologisch, technokratisch, mechanistisch, manipulativ etc. sei.

Der junge Soziologe verwahrte sich allerdings mit einigem Recht gerade gegen diesen Vorwurf, und zwar mit dem Argument, daß derart sozialtechnologische Eingriffe in der Planung ohnehin an der Tagesordnung seien, nur meist ohne sozialwissenschaftliche Begründung und Perspektive. Und in der Tat: so abwegig es erscheinen mochte, etwa bei der Wohnungsvergabe einem beamteten Bewerber um eine Wohnung in Bill-

werder-Allermöhe zu bedeuten, er möge doch, bitteschön, zwecks Milieubildung auch in das Beamtenviertel ziehen, so selbstverständlich hatte man über Jahrzehnte hinweg Grundstücke an das Beamtenheimstättenwerk vergeben, mit welchen milieufördernden oder milieuschädigenden Folgen auch immer. Der Soziologe hätte hinzufügen können, daß „Identität“ und „Milieu“, wenn sie denn, wie hier, ausdrücklich gefordert waren, eben nicht ohne eine in sich homogene Bevölkerung zu haben sind, die gleichartige Bedürfnisse und Vorstellungen in gleichartige und damit charakteristische Veränderungen ihrer räumlichen Umwelt umsetzt, und daß er nichts anderes getan hatte, als genau dies in das in der Ausschreibung geforderte „Bevölkerungsmodell“ umzusetzen.

Der Konflikt ging also offensichtlich tiefer. Es ließ sich zwar kaum leugnen, daß es Arbeiter-, Angestellten-, Beamtenviertel, auch durch andere „soziokulturelle Gruppen“ geprägte Viertel gibt, und daß sie als solche, wenn sie denn ein spezifisches „Milieu“ entwickelt haben, von ihren Bewohnern geliebt, von Planern und Politikern als Beweis für städtische Vielfalt und „Lebensqualität“ geschätzt werden, und zwar so geschätzt werden, daß sie inzwischen durch Erhaltungssatzungen geschützt werden können. Erhalten und geschätzt ja, aber geplant?

Hier waren offenbar Grenzen der Umsetzbarkeit sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse in planerische Maßnahmen erreicht, und zwar weniger deswegen, weil der Planung die Instrumente hierfür gefehlt hätten. Gravierender ist, daß diese Grenzen auch die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft markieren, die, so durchlässig sie sich gelegentlich darstellen mögen, so offensichtlich zu überschreiten gerade einer obrigkeitlichen Planung nicht nachgesehen werden konnte. Wenn denn zur Milieu- und Identitätsbildung eine spezifische Bevölkerungsstruktur erforderlich ist, so kann sie sich nur „spontan“, „naturwüchsig“ herausbilden, über den Markt, über den Preis, über (mehr oder weniger) freiwillige Entscheidungen der Woh-



nungsuchenden selbst, nicht über staatliche Eingriffe in gesellschaftliche Strukturen und Prozesse, die allenfalls noch dann akzeptiert werden, wenn es um die Beseitigung grober gesellschaftlicher Notlagen geht, um drohende oder faktische Wohnungslosigkeit, um eindeutig „ungesunde“ Wohnverhältnisse.

Die Frage, ob und wie so erstrebenswerte Ziele wie „Identität“, „Identifikation“, „Milieu“, „Heimat“ herbeigeplant werden können, und die Erwartung, daß die Soziologie dabei Hilfestellung leisten könnte, ist jedoch für den Planer wie für den Soziologen so aktuell wie eh und je, vor allem dort, wo wieder größere Stadterweiterungen anstehen, und beide müssen froh sein, wenn sie sich jedenfalls darauf einigen können, daß es eher um die Schaffung der Rahmenbedingungen geht, innerhalb derer solche naturwüchsigen Prozesse ablaufen können, und darum, daß niemand von ihnen ausgeschlossen wird, als um die zielgenaue Steuerung dieser Prozesse selbst.

## 5. Zur Gegenwart

Auch wenn im Zuge der Verwissenschaftlichung der Planung bereits die Erkenntnisse einer ganzen Reihe von Wissenschaften in die städtebauliche Planung einbezogen wurden, das Verhältnis blieb jeweils ein bilaterales, auch das zu den Sozialwissenschaften. Auf der einen Seite der Soziologe, der Pläne und Entwürfe, mehr noch das, was dazu gesagt wird, kritisch unter die Lupe nimmt, zunehmend auch die Ergebnisse empirischer Untersuchungen in die Planungspraxis einbringt, auf der anderen Seite der Planer, der diese zur Kenntnis nimmt, gegenüber den Erkenntnissen anderer Wissenschaften, aber auch gegenüber den Ansprüchen anderer Behörden, Träger öffentlicher Belange, Interessen- und bürgerschaftlichen Gruppen abwägt und das Ergebnis zunächst in ein räumliches Konzept, dann in einen rechtsverbindlichen Plan umsetzt. Diese Art von Bilateralität gibt es nicht mehr, mit keiner Wissen-

schaft mehr, weniger weil die Wissenschaften sich verändert hätten, sondern weil die Planung sich verändert hat.

### **... auf Seiten der Planung**

Diese Veränderungen, deren Abfolge durch die Stichworte „Integrierte Entwicklungsplanung“ (Comprehensive Planning) - „Unkoordinierte kleine Schritte“ (Disjointed Incrementalism) - „Perspektivischer Inkrementalismus“ relativ zutreffend gekennzeichnet ist, sind bereits Gegenstand zahlreicher Untersuchungen gewesen (u.a. Ganser 1991; Sieverts/Ganser 1993). Das Ergebnis kann daher mit Bezug auf die Ausgangssituation in wenigen Punkten zusammengefaßt werden:

- Nach dem Scheitern der Integrierten Entwicklungsplanung als einer ämter- und fächerübergreifenden Gesamtplanung wird niemand mehr behaupten können, Stadtplanung könne als allumfassende Ordnungsaufgabe verstanden werden, die nicht nur baulich-räumliche, sondern auch funktionale und soziale Ziele einbezieht. Hierfür stehen ihr angesichts einer immer komplexer werdenden Wirklichkeit weder die methodischen, organisatorischen und rechtlichen Instrumente noch eindeutige und allseits akzeptierte Zielvorstellungen zur Verfügung, an denen sich die „Entwicklung“ ausrichten ließe. Aber auch die Stadtplanung im engeren Sinne ist nicht mehr die gleiche. Langfristige Planungen und Programme werden zunehmend durch kurz- bis mittelfristige Projekte ersetzt, in die jetzt ein großer Teil der planerischen Energie und Steuerungskapazität fließt. Was geblieben ist, was auch bleiben muß, wenn Planung nicht in kurzfristige und unkoordinierte Reaktionen auf die jeweils neuesten Forderungen der jeweils mächtigsten Akteure abgleiten soll, ist eine langfristige, gesellschaftspolitisch eingebettete „Perspektive“, an der sich Art und Qualität der an sie herangetragenen Projekte messen lassen müssen. Die Formulierung dieser Perspektive jedoch muß,

wenn sie denn, wie gefordert, „gesellschaftlichen Grundwerten“ verpflichtet sein soll, der Politik überlassen werden. Geblieben ist auch die vage Hoffnung, mit Hilfe der baulich-räumlichen Planung menschliches Glücklichein befördern zu können, Glück jetzt allerdings zunehmend verstanden als „Lebensqualität“.

- Auch wenn die gerade von Soziologen gestellte Frage, ob der Soziale Wohnungsbau überhaupt sozial sei, sicher ihre Berechtigung hatte, die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus und der Wohnungsversorgung, einschließlich der dazugehörigen sozialen Infrastruktur, boten der räumlichen Planung lange Zeit noch die Chance, an die Ideale und Ziele der Wohnungsreformbewegung anzuknüpfen und sich damit auch sozialpolitisch zu bewähren. Diese Chance gibt es nicht mehr, zum einen deswegen nicht, weil der Soziale Wohnungsbau nur noch die bedürftigsten Schichten der Bevölkerung erreicht und damit eher sozialfürsorgerisch denn sozialpolitisch wirkt; zum anderen aber auch deswegen nicht, weil sich eine selbständiger und selbstbewußter gewordene Klientel ihre Wohnideale nicht mehr von einer noch so wohlmeinenden Planung vorschreiben läßt.
- Der Planer hat damit, objektiv wie subjektiv, die Grundlage für sein Selbstverständnis als Vertreter des Allgemeinen Wohls verloren. Rechtlich und institutionell mag er es noch sein, und er mag sich auch auf diese seine Sonderstellung berufen, wenn ihm die Ansprüche der „Privaten“ über den Kopf zu wachsen drohen. Beeindrucken wird er damit jedoch niemanden, und im Zweifelsfalle bleibt die abschließende Definition dessen, was als Allgemeines Wohl zu gelten habe und ob bei dessen Ermittlung auch wirklich alle öffentlichen und privaten Belange gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen worden sind, ohnehin den Verwaltungsgerichten überlassen. Der Planer hilft sich mit der Hoffnung, als Koordinator, Moderator,

Mediator der an ihn herangetragenen Ansprüche und Interessen einen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen, in dessen Verlauf dann - zusammen mit einer „kooperativen Problemlösung“ - auch so etwas wie ein gemeinsames Verständnis des Allgemeinen Wohls entsteht. Ob und wie dies gelingt, ob Vermitteln und Verhandeln eine normative Vorverständigung über Substanz und Geltungsbereich des Allgemeinen Wohls durch die hierzu legitimierten rechtsstaatlichen Institutionen ersetzen, ob, um mit Jürgen Habermas zu sprechen, „Faktizität“ „Geltung“ ersetzen kann (Habermas 1984), ist eine Frage, die gerade eine basisdemokratisch orientierte Stadtplanung noch beschäftigen wird.

Schon heute läßt sich jedoch übersehen, daß das Bild des lediglich koordinierenden, moderierenden, vermittelnden Planers mindestens in zweierlei Hinsicht der Ergänzung bedarf: zum einen darin, daß es nach wie vor die Aufgabe seiner, und nur seiner Profession ist, das Ergebnis dieses Koordinierens, Moderierens, Vermittelns in ein möglichst widerspruchsfreies räumliches Konzept zu übersetzen; zum anderen darin, daß zumindest der in der öffentlichen Verwaltung tätige Planer nicht umhin kann, dabei auch gegen diese oder jene Interessen und Ansprüche zu entscheiden und diese Entscheidung in einen hoheitlichen Akt umzusetzen.

Trotzdem läßt sich kaum leugnen, daß gerade der an verantwortlicher Stelle stehende Planer inzwischen vom Vordenker einer besseren Zukunft zu einem Verfahrensspezialisten geworden ist, der die rechtlich und sachlich erforderlichen Anhörungen und Abwägungen möglichst reibungslos und unangreifbar durchzuführen und das Ergebnis in möglichst gerichtsfeste Beschlüsse umzusetzen hat. Daher auch der Vormarsch der Juristen gerade in leitenden Positionen der öffentlichen Planung.

### **... auf Seiten der Soziologie**

Was bedeutet das für die Soziologie? Es bedeutet zunächst, daß sie „den“ Planer als personell wie institutionell eindeutig identifizierbaren Partner verloren hat, ebenso aber auch „den“ Plan als konkreten Ansatzpunkt der Intervention. Beide gibt es zwar noch, aber sie werden überlagert durch eine Vielzahl von Akteuren mit ihren je spezifischen Plänen und Projekten, fast mehr aber noch durch eine Vielzahl von Koordinations- und Kooperationsgremien, die die Ansprüche dieser Akteure untereinander und mit den Zielen der Planung zum Ausgleich bringen sollen. Nicht umsonst bedarf es inzwischen der mehrdimensionalen graphischen Darstellungen, um Struktur und Ablauf selbst räumlich begrenzter Planungsprozesse zu verdeutlichen. So verweist das Organisations- und Kooperationsmodell für die Erneuerung eines Essener Stadtteils auf sechzehn beteiligte oder zu beteiligende Institutionen, Organisationen und Gruppen, wobei deren Mehrzahl sogar nur als Sammelbezeichnung für eine noch weit größere Zahl von unmittelbar oder mittelbar in die Planung involvierten Akteuren dient.

Versucht man die Ansatzpunkte soziologischer Beratung bei einer derart vielfältig vernetzten Planungspraxis genauer zu bestimmen, so gibt es sie vor allem auf drei Ebenen:

- auf der Ebene der Projekte, von wem auch immer sie an die räumliche Planung herangetragen werden. Ob es sich dabei um eine Sportanlage, eine Seniorenresidenz, ein Gründerzentrum, eine Kulturmeile oder eine Landesgartenschau handelt, deren Initiatoren haben Vorstellungen davon, welches ihre wichtigste Klientel ist, welches deren Ressourcen, Motive und Erwartungen, gegebenenfalls auch, welches ihre bevorzugten Lebens- und Konsumstile sind. Vielleicht haben sie sich bei der Entwicklung dieser Vorstellungen auch jugend-, alters-, freizeit-, arbeits- oder lebensstilsoziologischer Erkenntnisse bedient. Diese Er-

kennnisse liegen aber in den seltensten Fällen in „verräumlichter“ Form vor. Die Raumvergessenheit der speziellen Soziologien ist nicht geringer als die der allgemeinen Soziologie. Genau diese Verräumlichung muß aber geleistet werden, wenn die Flächen- und Standortansprüche der einzelnen Projekte definiert und in der Konkurrenz mit anderen Projekten vertreten und verteidigt werden sollen. Hier hätte, wenn sich die betreffenden speziellen Soziologien nicht selbst dazu verstehen, eine thematisch erweiterte Stadt- oder, je nach Maßstab, Regionalsoziologie einzuspringen, dies auch deswegen, weil mit der Verräumlichung häufig Rückwirkungen auf die soziologischen Ausgangs- und Zielvariablen verbunden sind, die so nicht vorherzusehen waren, und zwar um so mehr, je mehr dabei auch Kompromisse mit anderen Raumansprüchen eingegangen werden mußten. Ein Freizeitzentrum, das aufgrund seiner Größe und Verkehrsintensität an die Peripherie verwiesen werden muß, wird eine andere Klientel und andere Freizeitbedürfnisse bedienen als eines, das an einem innerstädtischen Standort untergebracht werden kann.

- auf der Ebene der zwischen den Projektanbietern und zwischen ihnen und den Vertretern anderer raumrelevanter Interessen ablaufenden Diskussions- und Verhandlungsprozesse. Hier steht im Vordergrund
  - die Hilfe bei der Identifizierung derjenigen Bevölkerungsgruppen, die von den jeweiligen Projekten und Planungen betroffen, sich dieser Betroffenheit aber (noch) nicht bewußt sind. Ob solche Gruppen, sofern sie auch sonst über wenig Ressourcen verfügen, ihrerseits eines Soziologen als „Anwalts“ bedürfen, der ihre Interessen vertritt, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ich würde sie eher in die Lage versetzen wollen, ihre Interessen selbst zu vertreten,
  - die Bereitstellung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse für die Diskussions- und Verhandlungsteilnehmer in ih-

rer Gesamtheit. Nicht umsonst wird gerade im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit von Verhandlungssystemen mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer „kognitiven Gemeinsamkeit“, mindestens eines gemeinsamen Wissensstandes aller Teilnehmer hingewiesen, ohne den weder Verständnis für die Interessen des jeweils anderen noch Einsicht in die Voraussetzungen und Grenzen von dessen Kompromißfähigkeit zu erwarten sind (Scharpf 1992).

- schließlich auf der politisch-administrativen Ebene, auf der, wenn man dem Modell des Perspektivischen Inkrementalismus folgt, die „gesellschaftlichen Grundwerte“, aus denen die Perspektiven der Planung abzuleiten sind, diskutiert und die Perspektiven selbst beschlossen werden müssen. Auch wenn hierbei den gewählten parlamentarischen Gremien die entscheidende Rolle zukommt, bei der Herausarbeitung der in Frage kommenden Alternativen, auch bei der Entwicklung entsprechender Szenarien kann der Soziologe Hilfestellung leisten. Geht er dann auch noch mit diesen Grundwerten und Perspektiven persönlich konform, so ist er auch hinsichtlich seines Selbstverständnisses auf der sicheren Seite. Wenn nicht, bleibt ihm nur die innere Emigration - oder die Kündigung.  
Fachlich schwieriger ist die Assistenz bei der Umsetzung der Perspektiven in halbwegs widerspruchsfreie räumliche Konzepte und bei der Überprüfung anstehender Projekte im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit den Perspektiven. Hierfür bedarf es detaillierter Kenntnisse der Wechselwirkungen zwischen den sozialen und räumlichen Strukturen und Prozessen, in die die Projekte eingebettet sind, über die auch die Stadtsoziologie keineswegs immer verfügt, und die anderen jeweils „zuständigen“ speziellen Soziologien erst recht nicht.

Insgesamt ergibt sich damit ein höchst differenziertes Aufgabenspektrum, das sowohl unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte wie unterschiedliche berufliche Positionen wie unterschiedliche Arbeitsverhältnisse einschließt. Dabei begegnet schon die adäquate Abdeckung der inhaltlichen Schwerpunkte unerwarteten Schwierigkeiten. Wer heute als Soziologe die Planungspraxis mit verlässlichen Daten über soziologische Aspekte des Verkehrsverhaltens, über die Motive und Begleiterscheinungen intra- und interregionaler Wanderungen, über Art und Ausmaß der Nutzung von Grünanlagen oder gar über das Verständnis und die Bewertung von „Urbanität“ durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen versehen will, Daten, die vielleicht auch geeignet sein könnten, die Anfälligkeit der räumlichen Planung für Scheinplausibilitäten und ökologische Fehlschlüsse zu reduzieren, stößt bald an enge Grenzen. Auch die Soziologie reitet ihre Steckenpferde und hat ihre blinden Flecken, die Stadtsoziologie erst recht.

Die Stadtsoziologie wird aber, wenn sie sich denn den Anforderungen der Planungspraxis stellen will, nicht nur ihr Themenspektrum, sondern auch ihren Maßstab erweitern müssen. Die traditionelle, die „europäische“ Stadt, der auch sie immer noch in Freud und Leid verbunden ist, gibt es schon längst nicht mehr. Nicht erst die Stadt der Zukunft, schon die Stadt der Gegenwart ist die Stadtregion. Wie auch immer man diese im einzelnen abgrenzen mag, sicher ist, daß inzwischen bis zu 50 % der Bewohner von Stadtregionen jenseits der Grenzen der traditionellen Stadt leben, zwischen 30 % und 50 % der Beschäftigten dort ihren Arbeitsplatz haben, und daß für sie alle die Stadtregion der selbstverständliche Bezugs- und Aktionsraum ihres Alltags ist. Was aber weiß die Soziologie, wenn sie, zum Beispiel, über die Existenz und Reichweite eines „Regionalbewußtseins“ befragt wird, über das soziale und räumliche Verhalten der sogenannten Umlandbewohner, ihr Verhältnis zur Kernstadt oder zu anderen Umlandgemeinden, ihre lokalen und überlokalen Bindungen? Und was weiß sie



über die zahlreichen anderen Klein- und Mittelstädte, die, geht man von der Wanderungsstatistik aus, auch manchen Stadtreigionen bald das Wasser abgraben könnten? Der Verweis auf den Ursprung der Stadtsoziologie als Großstadt- und Krisenwissenschaft dürfte derart blinde Flecke zwar noch erklären, aber kaum mehr entschuldigen können.

Die Ausdifferenzierung der Planungspraxis bedeutet aber auch, daß sich weit häufiger als früher Stadtsoziologen und andere Soziologen in der gleichen Arena in sehr unterschiedlichen Positionen und als Vertreter sehr unterschiedlicher Interessen gegenüberstehen. Das ist ihnen zwar aus wissenschaftlichen Kongressen, Symposien, Seminaren geläufig, in denen sich von eh und je die Schulen und Richtungen nicht eben freundlich gegenüberstanden, nicht aber aus politischen und sozialen Kontexten, in denen man bislang eher bestrebt war, jedenfalls den Schein einer „Objektivität sozialwissenschaftlicher Erkenntnis“ aufrechtzuerhalten. Inzwischen wird jedoch niemand mehr leugnen können, daß auch diese Objektivität längst verhandlungsfähig geworden ist. Um so mehr bemißt sich wissenschaftliche Redlichkeit heute nicht nur am Bemühen um größtmögliche Transparenz der Datenbasis und Beweisführung, sondern auch an der Aufrichtigkeit, mit der eigene Positionen klargestellt, ideelle und materielle Bindungen offengelegt werden.

## **Literatur**

ALBERS, Gerd: Wertewandel im Städtebau (1957). Schriftenreihe des Camillo-Sitte-Fonds. Band 3, Wien 1989.

ALBERS, Gerd: Was ist Städtebau? In: Stadtbauwelt 1, 1964, S. 12.

„ARMINIUS“ (Adelheid Gräfin Dohna-Poninski): Die Großstädte in ihrer Wohnungsnot und die Grundlagen einer durchgreifenden Abhilfe, Leipzig 1874.

- BAHRDT, Hans Paul: Sozialwissenschaft und Stadtplanung. In: Stadtbauwelt 1, 1964, S. 16-20.
- BAHRDT, Hans Paul: Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau (1961), Opladen 1998, 3. Aufl.
- BERGSTRAESSER, Arnold/TENBRUCK, Friedrich H. u.a.: Soziale Verflechtung und Gliederung im Raum Karlsruhe. Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Band 2, Karlsruhe 1965.
- BERNDT, Heide: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, Stuttgart 1968.
- BERNDT, Heide: Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur? Soziologische Betrachtung einer architektonischen Kategorie. In: Berndt, Heide/Lorenzer, Alfred/Horn, Klaus: Architektur als Ideologie, Frankfurt am Main 1968, S. 9-50.
- CROON, Helmuth/UTERMANN, Kurt: Zeche und Gemeinde, Tübingen 1958.
- EBERSTADT, Rudolf: Handbuch des Wohnungswesens und der Wohnungsfrage, Jena 1909.
- GANS, Herbert J.: Die ausgezogene Gemeinde: Homogenität oder Heterogenität in Wohngebieten? In: Herlyn, Ulfert (Hrsg.): Stadt- und Sozialstruktur, München 1974.
- GANSER, Karl: Instrumente von gestern für die Städte von morgen? In: Ganser, Karl/Hesse, Jens Joachim/Zöpel, Christoph (Hrsg.): Die Zukunft der Städte, Baden-Baden 1991.
- GÖDERITZ, Johannes/RAINER, Roland/HOFFMANN, Hubert: Die gegliederte und aufgelockerte Stadt, Tübingen 1957.
- GURLITT, Cornelius: Handbuch des Städtebaus, Berlin 1920.
- HABERMAS, Jürgen: Faktizität und Geltung (1994), Frankfurt am Main 1998.

- HEGEMANN, Werner: Das steinerne Berlin (1930), Berlin 1963.
- HEILIGENTHAL, Roman: Deutscher Städtebau, Heidelberg 1921.
- HILLEBRECHT, Rudolf: Tendenzen heutiger Stadtplanung. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, 6. Jg., 1967, S. 185-191.
- HILPERT, Theo: Hufeisensiedlung Britz 1926-1980. Technische Universität Berlin, Dokumente aus Forschung und Lehre, Nr. 1, Berlin 1980.
- HUBER, Victor Aimé: Die Wohnungsnoth der kleinen Leute in großen Städten, Leipzig 1857.
- IRLE, Martin: Gemeindesoziologische Untersuchungen zur Ballung Stuttgart, Bad Godesberg 1960.
- JACOBS, Jane: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin/Frankfurt am Main/Wien 1963 (engl. Original: The Death and Life of Great American Cities, New York 1961).
- KLAGES, Helmut: Der Nachbarschaftsgedanke und die nachbarliche Wirklichkeit in der Großstadt (1958), Stuttgart 1968.
- KLAGES, Helmut: Über einige Probleme der Zusammenarbeit des Städtebauers mit dem Soziologen. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, Jg. 5, 1966, S. 66-77.
- KLAGES, Helmut: Soziologie und Planung. In: Lüschen, Günther (Hrsg.): Deutsche Soziologie seit 1945, Köln 1979, S. 343-357 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 21/1979).
- KÖNIG, René: Grundformen der Gesellschaft: Die Gemeinde, Hamburg 1958.
- MACKENSEN, Rainer u.a.: Daseinsformen der Großstadt. Typische Formen sozialer Existenz in Stadtmitte, Vorstadt und Gürtel der industriellen Großstadt, Tübingen 1959.

- MANNHEIM, Karl: Freiheit und geplante Demokratie, Köln und Opladen 1970 (engl. Original: Freedom, Power and Democratic Planning, London 1951).
- MAYNTZ, Renate: Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde, Stuttgart 1958.
- MITSCHERLICH, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1966.
- PERRY, Clarence Arthur: The neighborhood unit. In: Regional Survey of New York and its Environs, New York 1929, Vol. VII.
- PFEIL, Elisabeth: Großstadtforschung (1950), Hannover 1972 (2. Aufl.).
- SCHÄFFERS, Bernhard: Soziologie als mißdeutete Stadtplanungswissenschaft. In: Archiv für Kommunalwissenschaften, Jg. 9, 1970, S. 240-259.
- SCHARPF, Fritz W.: Zur Theorie von Verhandlungssystemen. Einführung zu: Benz, Arthur/Scharpf, Fritz W./ Zintl, Reinhard: Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 11-27.
- SCHELSKY, Helmut: Ortsbestimmung der deutschen Soziologie, Düsseldorf/Köln 1959.
- SCHMIDT-RELENBERG, Norbert: Soziologie und Städtebau, Stuttgart 1968.
- SIEBEL, Walter: Zur Zusammenarbeit zwischen Architekten und Soziologen. In: Stadtbauwelt 13, 1967, S. 1011-1014.
- SIEBEL, Walter: Wandlungen kommunaler Planung und die Qualifikation von Stadtplanern. In: Grauhan, Rolf-Richard (Hrsg.): Lokale Politikforschung. Band 2, Frankfurt am Main 1975, S. 351-374.
- SIEBEL, Walter: Minnesänger und Narren. Zu Funktion und Voraussetzungen sozialwissenschaftlicher Stadtforschung. In:

Raumforschung und Raumordnung, 42. Jg., 1984, S. 287-294.

SIEVERTS, Thomas/GANSER, Karl: Vom Aufbaustab Speer bis zur Internationalen Bauausstellung Emscher Park und darüber hinaus. In: DISP (Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung) 115, Oktober 1993, S. 31-37.

SPIEGEL, Erika: Zum Verhältnis von Soziologie und räumlicher Planung. In: Jahrbuch für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1971/72, Opladen 1972, S. 225-240.

SPIEGEL, Erika: Zur Rolle des Soziologen in der Planung. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hrsg.): Zwischen Stadtmitte und Stadtregion. Rudolf Hillebrecht zum 60. Geburtstag, Stuttgart/Bern 1970, S. 136-146.

SPIEGEL, Erika: Zur Funktion und Rolle der Gesellschaftswissenschaften in Verhandlungssystemen. Referat anlässlich der Verleihung des Preises der Schader-Stiftung „Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug“ am 4. November 1993 im Wissenschaftszentrum Berlin (unveröff. Ms.).

SPIEGEL, Erika: Verhandlungslösungen in benachteiligten Stadtteilen? In: Budäus, Dietrich/Engelhardt, Gunther (Hrsg.): Großstädtische Aufgabenerfüllung im Wandel, Baden-Baden 1996, S. 140-153.

STÜBBEN, Joseph: Der Städtebau, Darmstadt 1890.

**DETLEV IPSEN**

*Die sozialräumlichen Bedingungen  
der offenen Stadt - eine theoretische Skizze*

Die Frage nach den Bedingungen der offenen Stadt führt in ein widerspruchsvolles Feld von Vorstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen, dem ein ebenso vielgestaltiger sozialer und physischer Raum gelebten Lebens gegenübersteht.

Auf der einen Seite ist die offene Stadt ein „vorgestellter“ Raum im Sinne Lefébvres: Stadt wird als Einheit des Unterschiedlichen gedacht, fähig und angewiesen auf die Existenz des Fremden. Die Überschneidung sozialer Kreise, die kommunikative Potenz des Marginalen, gilt seit Simmel als soziale Basis der modernen, innovativen, komplexen, bunten und verlockenden Stadt. Und ebenso war es schon Simmel, der darauf hingewiesen hat, daß die Distanziertheit und kommunikative Kälte des Städters eine notwendige Reaktion auf den Umgang mit diesem Übermaß an Reizen und Unterschieden ist. Der Bewohner der offenen Stadt erscheint so nicht nur als der, „der lebt und leben läßt“, sondern auch als der, der lebt und leiden läßt.

Nicht genug, daß schon im utopisch positiv gedachten Entwurf der offenen Stadt die Paradoxie von Toleranz und Ignoranz enthalten ist, die gleiche städtische Wirklichkeit wurde und wird von Städtern unterschiedlicher Milieus konträr bewertet. Was den einen als bunte Vielfalt lieb ist, begreifen andere als bedrohliches Chaos. Was die einen als Basis der Innovation loben, sehen die anderen als existentielle Bedrohung. Es ist dieselbe Realität des Städtischen, die Neugier und Angst hervorruft.

So unterschiedlich schon Wahrnehmung und Bewertung der offenen Stadt sind, so vielgestaltig ist ihre gelebte Wirklichkeit. Sie reicht von der abseits gelegenen Unterkunft für Asylbewerber bis zu Chinatown, von arabischen Ghettos in den Grands Ensembles am Rand französischer Großstädte bis zu administrativ hergestellten sozialen Mischungen in Teilen des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland, von dem traditionell jüdisch-arabischen Marais in Paris bis zu den deutsch-türkischen Milieus in Berlin-Kreuzberg.

Es ist klar, daß ein derartig vielfältiges, widersprüchliches und konträr bewertetes Feld von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen begleitet ist. In deutschen Städten wird über die Verschärfung der Innenstadtordnung diskutiert; nicht nur soziale Distanz, sondern Gewalt gegen Ausländer und solche, die dafür gehalten werden, ist in vielen Städten Thema. Zugleich artikulieren sich die Befürworter der offenen Stadt in Plakaten, Veranstaltungen und politischen Initiativen. Die seit Jahren zunehmende Armut und soziale Ungleichheit in den Städten, eine verängstigte und in ihren Zukunftschancen bedrohte Mittelschicht sowie die „Suburbanisierung“ der Stadtpolitik, deren Akteure weitgehend in den Vorstädten, „vor den Städten“, leben und die dortigen Ordnungsvorstellungen zur Norm städtischer Entwicklung erheben, sind äußere Faktoren dieser Auseinandersetzung. Veränderungen in der Regulationslogik des Kapitalismus sind mögliche Ursachen. Es ist jedoch zu betonen, daß die Auseinandersetzung um das Konzept der offenen Stadt ständiger Begleiter der Stadtentwicklung ist, und Phasen eines breiten Konsenses und hoher Integration in der Geschichte der offenen Stadt wohl eher die Ausnahme als die Regel sind.

Die Entwicklungschancen für die Offenheit einer Stadt sind im hohen Maße nicht durch die Stadtentwicklung und die Kultur einer Stadt, sondern makropolitisch bedingt. Die Regelung der Einwanderung, die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, die Möglichkeit, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, sind äußerst

wirkungsvolle Rahmenbedingungen für die Entfaltung einer offenen Gesellschaft. Dennoch finden sich innerhalb identischer Rahmenbedingungen unterschiedliche Grade und Formen der Offenheit oder Abschottung in den verschiedenen Städten. Die Frage nach den typisch städtischen Regulationsformen, die wir als sozialräumliche Regulierungen verstehen, ist uns aus diesem Grund wichtig.

Wenn wir also nach sozialräumlichen Bedingungen der offenen Stadt fragen, so sollten wir nach Thesen suchen, die dieses widerspruchsvolle Feld aufnehmen, aber nicht auflösen. Die offene Stadt ist nicht eine Struktur, sie ist kein System, sondern entweder eine Konfiguration, die sich herstellt oder ein Projekt, das in und durch seine Widersprüche lebt. Die gestellte Frage präzisiert sich also insofern, als wir versuchen, die Logik dieser Konfiguration zu begreifen, um die Chancen für eine Politik des „Offen Haltens“ der Stadt zu verbessern.

Wenn wir von einer offenen oder einer geschlossenen Stadt sprechen, so ist präziser ein Kontinuum angesprochen, dessen einer Pol die Abschließung der Stadt gegen alles Neue und Fremde ist, und auf dessen anderem Pol die Stadt steht, die neue Ideen, Menschen und Güter ohne Behinderung aufnimmt. Beide Pole sind idealtypische Konstruktionen, die empirisch realen Fälle liegen zwischen den Eckpunkten der gedachten Skala. Der Grad der Offenheit bezieht sich auf Personen, Dinge und Ideen, die „neu“ sind, unabhängig davon, ob das Neue von außen kommt oder innerhalb der Stadt generiert wird. Diese beiden Aspekte zusammenzufassen ist insofern naheliegend, weil empirisch gesehen das Neue aus dem Zusammenspiel von „Importen und Importeuren“ und der inneren Differenzierung der Stadt und ihren subkulturellen Akteuren entstehen dürfte.



## 1. Migration und die Generierung von kulturellen Milieus

Die moderne Stadt ist nicht logisch oder notwendig mit einer offenen Stadt gleichzusetzen. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß es schnell wachsende Städte in Afrika und Asien gibt, die dem Konzept der offenen Stadt eher nicht entsprechen, die aber gleichwohl nicht nur moderne Städte sind, sondern Träger der Modernisierung in diesen Ländern.<sup>1</sup> Wir sollten auch sehen, daß eine Reihe europäischer und amerikanischer Städte Entwicklungstendenzen aufweisen, die eher auf eine Schließung bestimmter Milieus hinweisen (Davis 1990), und dennoch würde niemand auf die Idee kommen, daß es sich dabei nicht um moderne Städte handelt.

Gleichwohl gibt es mindestens zwei Strukturmerkmale der modernen Städte, die darauf hindeuten, daß das Konzept der offenen Stadt objektive Grundlagen hat.

Zum einen ist die Migration zu nennen, die sich aus generativen Ungleichgewichten ergibt. Moderne Städte entstehen und wachsen über lange Perioden durch Zuwanderungen. Die meist jungen und unverheirateten Zuwanderer tragen dann ihrerseits durch eigene Kinder zum Wachstum der Städte bei (Pfeil 1972; Bähr 1995). Freilich sind dies nicht ständig fortlaufende Entwicklungen. Wenn sich das Stadtwachstum verringert, reduziert sich in der Regel auch die Bedeutung der Migration. Auf der anderen Seite finden wir gerade in Europa die Situation, daß auch nicht wachsende Großstädte auf Zuwanderung angewiesen sind. In vielen deutschen Großstädten reicht die Relation zwischen Sterbefällen und Geburten nicht aus, um den Bevölkerungsstand zu halten oder gar ein Bevölkerungswachstum zu erreichen.<sup>2</sup> Jede Migration bewirkt die Ge-

---

1 Zu denken ist dabei an Städte wie Singapur und zum Teil sicherlich auch die neuen Stadtentwicklungen in China.

2 Im einzelnen sind die Verhältnisse selbstverständlich jeweils unterschiedlich. So leben 1996 in Frankfurt a.M. 647304 BürgerInnen mit

nerierung neuer städtischer Kulturen oder trägt zur Veränderung vorhandener Kulturen bei.

Zweitens bestimmt sich die moderne Stadt als ein hoch arbeitsteiliges System. Dieser formalen Beschreibung entspricht es, daß sich konkrete Lebenssituationen ausdifferenzieren und auf der realen wie der symbolischen Ebene ständig neue Kulturmuster entstehen. Besonders auffällig sind dabei Jugendkulturen, die zumindest zunächst aus vorhandenen arbeitsteiligen Subsystemen ausgeschlossen bleiben und deshalb im öffentlichen Raum ihren Stil besonders deutlich präsentieren. Ebenso deutlich sind die symbolischen Differenzierungen bei großen, aber nicht mächtigen Migrantenkulturen wie dies in Deutschland bei den Türken der Fall ist.

Wenn man also sagen kann, daß moderne Städte aus ihrer eigenen Logik heraus ständig neue Alltagskulturen generieren, so wäre eine außerordentliche Unterdrückung notwendig, um ihre Entfaltung zu verhindern. Mit anderen Worten: die moderne Stadt „verlangt“ nach Offenheit für die Entfaltung immer neuer städtischer Kulturen und es bedarf ausgeprägter Repression, diese Tendenz zu dämpfen oder zu unterdrücken. Allerdings begleiten zum Teil scharfe Auseinandersetzungen zwischen Kulturen und Repressionen, die von einer dominanten Kultur ausgehen, die Geschichte der modernen Stadt. In Deutschland steht dafür als ein historisch wichtiges Beispiel

---

deutscher Staatsbürgerschaft und 165926 BürgerInnen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft. In diesem Fall ist die Bedeutung der Migration für die Stadt insgesamt unübersehbar. Der Geburten/ Sterbe-Saldo ist negativ (-742) und trägt in diesem Fall mit einem vor allem durch Abwanderung der nicht-deutschen Bevölkerung bedingten negativen Wanderungssaldo zu einer Verringerung der Bevölkerung um 2752 BewohnerInnen bei. Auch in Kassel sinkt wegen der geringen Gebürtigkeit die Bevölkerung, doch wäre dieser Rückgang größer, wenn nicht im Saldo nicht-deutsche Bevölkerung zuwandern würde. In beiden Städten sind die saldierten Bewegungen insgesamt gering, es handelt sich also um weitgehend bevölkerungsstabile Städte. (Quelle: Hessische Gemeindestatistik 1997)

die Unterdrückung polnisch katholischer kultureller Praxis durch den preußischen Staat im Ruhrgebiet und aktuell die Auseinandersetzung um den repräsentativen Raum, der der muslimischen Kultur in Deutschland gewährt wird.<sup>3</sup>

Das Spannungsfeld zwischen der Offenheit der modernen Stadt und der gleichzeitigen Auseinandersetzung zwischen Kulturen, Konflikten um die Besetzung von Räumen und Repressionen kultureller Praxis ist das Themenfeld der modernen Stadt. Walter Siebel formulierte kürzlich die zentrale Frage: „Daß aus dieser prekären Existenz zwischen zwei Kulturen intellektueller Gewinn und ökonomische Produktivität resultieren statt sozialer Ausgrenzung und psychischer Krankheit, ist höchst voraussetzungsvoll“ (Siebel 1997, 34). Aber wo suchen wir die Voraussetzungen für eine „produktive Kultur der Differenz“ (Siebel 1997, 34)? Finden wir die Antworten bei der von Simmel konstatierten Blasiertheit des Großstädtlers, die als Schutzmechanismus fungiert, wie immer wieder angeführt wird? Ist es der öffentliche Raum, der Kommunikation zwischen Fremden ermöglicht, wie Bahrdt postuliert? Sind es die „natural areas“ der Chicagoer Schule, die „Halt und Schutz vor der anomischen Verarbeitung der Spannung der Kulturen“ ... bieten (Siebel 1997, 36). Sind die Bedingungen der Integration des Fremden „als langer, konflikthafter und widersprüchlicher Prozeß“ (Siebel 1997, 37) hinreichend beschrieben?

Sicherlich sind die hier nur beispielhaft angeführten Faktoren wichtige Aspekte einer offenen Stadt und beruhen auf immer noch gültigen Beobachtungen und theoretischen Annahmen. Und doch können diese Thesen nicht recht befriedigen. Zum einen sind die Thesen eher sozialpsychologische Mechanismen und keine Bedingungen. Es bleibt die Frage, wie und wo entstehen Schutzmechanismen, resignative Toleranz, kommu-

---

3 Als ein interessantes Beispiel für diese Auseinandersetzung kann der Moschee-Bau in Mannheim gelten. Siehe Alboga, Bekir: Symbole der Integration türkischer Kultur, in: Brech, J. u. Vanhúe, L. 1997.

nikative Kompetenz? Wie wird die „konfliktreiche Integration“ bewältigt? Zum anderen fügen sich die Thesen nicht zu einer theoretisch konsistenten Formulierung, die dann eine strengere Überprüfung bestimmter Entwicklungen in spezifischen Städten in bestimmten Zeitperioden ermöglichen würde. Nur so aber ließe sich eine Stadtpolitik, die eine offene Stadt fördert und ermöglicht, experimentell entwickeln.

Wenn es eine Theorie der offenen Stadt gibt, so muß sie meines Erachtens drei Kriterien erfüllen. Erstens: Die Formulierung der Bedingungen einer offenen Stadt muß strukturell sein, d.h. die Organisationsform der Stadt als Ganzes betreffen. Zweitens: Die so gefundenen Bedingungen müssen sich auf die gelebte Wirklichkeit beziehen, d.h., daß sich in ihnen auch die sozialpsychologischen Mechanismen wiederfinden müssen. Drittens: Die Bedingungen müssen sich sozialräumlich verorten lassen, da städtische Politik weitgehend räumliche Politik ist. Man könnte eigentlich eine vierte Bedingung hinzufügen, doch scheint sie mir selbstverständlich zu sein. Eine Theorie der offenen Stadt muß das vorhandene soziologische Wissen zu diesem Thema aufgreifen. Es kann also nicht darum gehen, besonders originelle Formulierungen zu finden, sondern Vorschläge zur Diskussion zu stellen, wie das Denken über die offene Stadt kohärenter, empirisch überprüfbarer und damit für eine mögliche Praxis der offenen Stadt relevanter werden könnte.

## **2. Drei Kulturen als strukturelle Konstellation**

Das Problem der offenen Stadt, da herrscht große Übereinstimmung, ist die Umgangsweise verschiedener Kulturen miteinander, auch wenn über das „wie“ die politischen Ansichten sehr unterschiedlich sind. Aber wenn wir es zunächst einmal offenhalten, ob es sich um Akkulturation, Integration oder Pluralismus handelt, so ist es doch naheliegend, die Beziehung

der Kulturen zueinander als die strukturelle Konstellation der offenen bzw. geschlossenen Stadt zu sehen.

Es stellt sich dann sogleich die Frage, wie sich dieses Netzwerk der Kulturen strukturiert. Häufig wird - eventuell auch nur um die Erörterung sprachlich zu vereinfachen - von zwei Kulturen gesprochen. Implizit geht es dabei aber immer um die Beziehung einer dominanten Kultur zu mehreren anderen Kulturen. Empirisch gesehen wird unter dem Fremden oder dem Anderen sehr Unterschiedliches zusammengefaßt. Nicht nur daß die Migrantenkulturen sehr verschieden sind und sich nicht selten feindlich gegenüber stehen, auch die aus der inneren Differenzierung der Stadt generierten Kulturen haben mit den Migrantenkulturen oft nur den Minderheitenstatus gemeinsam. Dieser gemeinsame Status als Minorität ist allerdings nicht unbedeutend. Durch ihn entstehen nicht nur Konkurrenzen und Konflikte um knappe Güter wie Wohnungen und Arbeitsplätze, sondern auch gemeinsame Interessen und solidarischer Widerstand gegenüber Repressionen, allgemeine Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung.

Man muß sich fragen, ob es immer und überall eine dominante Kultur geben muß oder gibt. Die Frage, ob es immer zur Herausbildung von Hierarchien kommen muß, - die dominante Kultur ist ja nur der eine Pol einer Hierarchie, - kann hier offen bleiben. Mir erscheint es jedoch so, daß es kaum eine Stadt in der Welt geben dürfte, in der nicht eine Kultur dominant wäre. Selbst in Brasilien, das gemeinhin als pluralistisch und antirassistisch gilt, zeigt nicht nur die gemeinsame portugiesische Sprache die Dominanz einer Kultur an. Eventuell gibt es einige Fälle, in denen zumindest über eine lange Zeit hin zwei Kulturen gleichberechtigt nebeneinander existieren, wie vielleicht in Beirut bis zum Krieg die moslemische und die christliche Kultur gleichrangige Bedeutung hatten.

Wenn man ein Netzwerk der Kulturen einer Stadt konstruiert, so kann man als ein Element eine Beziehung zwischen einer

dominanten Kultur und einer Mehrzahl von minoritären Kulturen annehmen. Die Beziehung der minoritären Kulturen untereinander kann enger oder distanter sein, doch ist es wohl richtig anzunehmen, daß sie in sich hierarchisch gegliedert sind. Die Kriterien, nach denen sich die Hierarchie bildet, sind die Äußerungsformen und Privilegien der dominanten Kultur. Diese Hierarchien sind allerdings keineswegs stabil. Die Geschichte der Städte zeigt auch immer wieder die Veränderung der kulturellen Hierarchien bis hin zur Auswechslung der dominanten Kultur. Nehmen wir als Beispiel dafür die Entwicklung Istanbuls von dem oströmischen Konstantinopel über das griechisch orthodoxe Byzanz bis zum osmanischen und republikanisch kemalistischen Istanbul.<sup>4</sup>

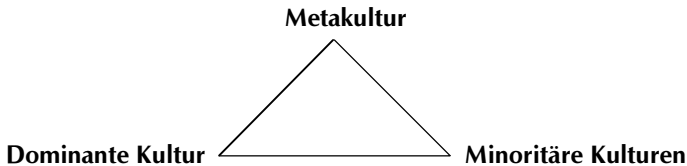
Die Beziehung zwischen der dominanten Kultur und den Minoritätskulturen kann mehr oder weniger liberal sein. Dies allein ist jedoch lediglich eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine offene Stadt. Wir formulieren die Hypothese, daß das entscheidende Kriterium für die Offenheit einer Stadt die Entwicklung einer dritten Kultur ist, die alle Partikularkulturen einschließlich der dominanten transzendiert.<sup>5</sup> Wir schlagen vor, diese Kultur Metakultur zu nennen. Ihr wesentliches Kennzeichen ist, daß sie auf allen Partikularkulturen aufbaut und sich zugleich von jeder unterscheidet. Sie enthält mit anderen Worten Elemente der verschiedenen Partikularkulturen, die sich aus dem Kontext ihrer jeweiligen Herkunft lösen und mit anderen Elementen anderer Kulturen eine neue Konfiguration eingehen.

---

4 Für eine materialreiche Darstellung dieser Entwicklung siehe Batur, Efiye (ed.), Istanbul - world city, Tarh Vakfi Yayinlari, Istanbul 1996

5 Der Öffnung dualistischer Raumbeziehungen widmet Edward Soja sein Buch Thirdspace. Auch er beschäftigt sich mit den urbanen Kulturen, doch wenn ich es recht sehe, nicht in dem hier gemeinten Sinn der Transzendenz.

### ***Schema der kulturellen Beziehungen der Offenen Stadt***



Die Hypothese der offenen Stadt geht also nicht davon aus, daß sich partikuläre Kulturen auflösen, sondern daß sich ein Kräftefeld entwickelt, in dem sich die drei Kulturtypen gegenseitig beeinflussen. Die Integration erfolgt auch keineswegs nur über die Metakultur, obgleich ihre Existenz eine zentral notwendige Bedingung für die Offenheit der Stadt ist, sondern durch die Entwicklungen, Akkulturationen *aller* Kulturen.

Es ist offensichtlich, daß diese Hypothese empirisch überprüft und „gefüllt“ werden muß. Doch ergeben sich auch jetzt schon einige zentrale Forschungsfragen. Gibt es in einer Stadt mit mehreren Kulturen eine Metakultur, wie kohärent und manifest ist diese Kultur, auf welche Lebensbereiche bezieht sie sich (Sprache, Nahrung, Kleidung, Konsumpräferenzen, Beziehung der Geschlechter und Generationen, Freizeitverhalten etc.)? Bringt die Metakultur eigene Symbole und Leitbilder hervor? Wie liberal bzw. repressiv ist die Beziehung zwischen der dominanten Kultur und den minoritären Kulturen, gibt es einseitige oder wechselseitige Akkulturationen, welche issues spielen bei Konflikten zwischen den Kulturen eine Rolle?

Macht man gedanklich einen Streifzug durch verschiedene Städte Europas, so lassen sich in dieser Hinsicht wesentliche Unterschiede zwischen Amsterdam und Frankfurt, London, Paris, Berlin und Warschau vermuten. Auch innerhalb eines Landes sind durch ihre Geschichte und spezifische Rolle be-

dingte Unterschiede zwischen einzelnen Städten sehr wahrscheinlich.

### **3. Räume der Kulturen**

Wie zu Beginn schon angedeutet, ist es wichtig, die auf der Ebene der Beziehungen und Konfigurationen der Kulturen formulierte Hypothese über die Entwicklungsbedingungen der offenen Stadt auf konkrete Räume, mehr aber noch auf die Raumstruktur zu beziehen, um den Bogen zur politischen und sozialen Praxis der offenen Stadt zu schlagen. Dabei steht im Mittelpunkt des Interesses nicht die räumliche Verteilung von Kulturen, - obgleich dies eine für die Stadtpolitik und die Planung wichtige Information ist -, sondern die Frage nach den räumlichen Bedingungen der Generierung der offenen Stadt. Diese Frage gliedert sich in zwei Teilfragen:

Erstens: Welche raumtypologischen Anforderungen müssen oder sollten erfüllt sein, damit sich neue Partikulkulturen entfalten können? Diese Frage ist zentral, weil der „Test“ dafür, wie offen eine Stadt ist, weniger darin zu sehen ist, wie ausgeglichen die Beziehungen der schon existierenden Kulturen sind, sondern vielmehr darin, welche Chance die Neubildung von Kulturen hat.

Zweitens: Ist es günstig oder gar erforderlich, daß es Räume gibt, die die Metakultur repräsentieren und welchen Charakter könnten diese Räume haben?

Wenden wir uns zunächst der ersten Frage zu. Eine neue Kultur ist im Kontext der schon existierenden Kulturen eher schwach. Um die vorhandenen Kulturen haben sich Machtssysteme gebildet, die über die Verfügung und Zugänglichkeit von Räumen bestimmen. Dadurch entstandene Konfliktlinien und Abhängigkeitsbeziehungen besetzen und strukturieren den Raum. Damit ergibt sich eine erste raumtypologische Bedingung für die Entfaltung neuer Kulturen. Es muß Räume ge-



ben, die nicht oder nicht in dem gleichen Maße besetzt sind wie die üblichen Flächen einer Stadt. Zwei Typen von Räumen erfüllen diese Bedingungen: die Nische und der Rand. Für beide gilt, daß sie in einem geringeren Maße formal reguliert sind, daß sie noch nicht oder nicht mehr besetzt sind. Nische und Rand sind jedoch nur dann für die Entfaltung neuer Kulturen günstig, wenn es sich nicht um von der Entwicklung der Stadt abgetrennte, sozial und ökonomisch isolierte Räume handelt. Nische und Rand sind dann günstig, um es positiv auszudrücken, wenn sich mit ihnen Aufwertungserwartungen verbinden können.

Nischen entstehen dadurch, daß die meisten städtischen Räume Zyklen von „Wert und Abfall“ durchlaufen. (Thompson 1981). Räume werden zu „urbanem Müll“ weil die Stilrichtung der in ihnen vorherrschenden Architektur aus der Mode gekommen ist oder weil sich ihre Nutzung ökonomisch überlebt hat. Dies führt zu einer Entwertung dieser Räume, die sich in sinkenden Grundrenten niederschlägt. Damit geraten diese Räume auch leicht aus dem Blick des öffentlichen Interesses, so daß die Dichte der formalen Regulierung hier im Vergleich zu anderen Stadträumen geringer ist. Kann sich mit solchen Räumen wenigstens in Umrissen die Erwartung einer zukünftigen Aufwertung verbinden, so sind sie für die Entfaltung neuer Kulturen optimal.

Ränder haben wenigstens in wachsenden Städten ähnliche Eigenschaften. Sie sind noch nicht besetzt und in vielen Ländern ist die dort existierende Regulationsdichte extrem gering. In Städten wie Athen und Istanbul, aber auch in vielen Städten Südamerikas entwickelt sich hier ein eigener Typus der Verstädterung, den wir an anderer Stelle periphere Stadtentwicklung genannt haben (Chtouris/Heidenreich/Ipsen 1993). Durch illegales Bauen, manchmal auch durch die Besetzung von fremdem Grund, schaffen sich Immigranten ein eigenes Haus als Basis für Produktion und Reproduktion. Die wachsende Stadt entwickelt erhebliche zentripedale Kräfte. Was heute

noch Rand ist, ist morgen in der Stadt. Damit steigt der Bodenpreis, was noch zusätzlich durch die Legalisierung der bestehenden Bebauung verstärkt wird. Die neuen, oft regional und ländlich geprägten Immigrantenkulturen können sich so materiell (durch den Bau neuer städtischer Häuser) und kulturell urbanisieren; sie bringen sich in die Stadt ein. An den Rändern kann man allerdings vielerorts auch deutlich machen, wie leicht die geographisch gleiche Situation zu einer Ungunstlage werden kann, wenn sie von der allgemeinen städtischen Entwicklung abgekoppelt werden. Die sogenannten Favelas in den großen brasilianischen Städten zeigen diese doppelte Form. Man findet dort ausgesprochen aufstiegsorientierte Gebiete und solche, die als relativ dauerhafte Armutsinseln nur ein marginales Dasein ermöglichen.

Nische und Rand haben noch eine weitere Eigenschaft gemeinsam. In ihnen ist das alltägliche soziale und ökonomische Leben in starkem Maß gemeinschaftlich geprägt. Familien und Regionen ähnlicher Herkunft, aber auch Wohngemeinschaften und Genossenschaften konstituieren ein Netz gemeinschaftlicher Ökonomie und Überlebensstrategien. Auf diese Weise kann sich neue Kultur relativ autonom entwickeln. Zugleich bieten diese gemeinschaftlichen Lebensformen in der modernen, gesellschaftlich geprägten Stadt Rückzug, Schutz und Sicherheit, um die starke Beanspruchung der Sinne und des Gemütes durch die Begegnung mit dem Fremden durch eine „Welt des Ähnlichen“ zu kompensieren.

Hier ist auch ein Ansatzpunkt für die Sozialpsychologie der offenen Stadt zu finden. Gemeinschaftsformen und relativ homogene Milieus bilden den Gegenpol zur Heterogenität und Komplexität der offenen Stadt. Zwischen diesen Polen bewegen sich die verschiedenen Adaptionsniveaus, die auf der Ebene des einzelnen Individuums ein optimales Verhältnis von

Komplexitäts-Induktion und -Reduktion ermöglicht (Berlyne 1974).<sup>6</sup>

Wenden wir uns nun der zweiten Frage zu. Braucht die Metakultur einen Raum und wenn ja, wie ließe sich dieser Raum charakterisieren? Man muß zunächst konstatieren, daß hierzu recht wenig Forschungen vorliegen und die Thesen deshalb stark spekulativ sind. Dennoch möchte ich dazu drei Aussagen formulieren.

Die Metakultur kann aus vornehmlich mentalen Elementen bestehen und ist dann bestenfalls sekundär räumlich. Als Beispiel kann der „Lodzer Mensch“ dienen. Lodz entwickelt sich als Industriestadt auf der Basis deutscher, jüdischer und polnischer Kultur im 19. Jahrhundert. Zentriert um die Textilindustrie und einige wenige große Unternehmen entwickelt sich die Vorstellung eines besonderen Menschenschlages, eben des Lodzer Menschen. Der Lodzer Mensch ist, folgen wir dem Bild, arbeitsam und pünktlich, ordentlich und modern, weder polnisch noch jüdisch oder deutsch, sondern das gute Gemeinsame der Partikulkulturen dieser Stadt. Dieses Bild braucht keinen besonderen Raum in der Stadt, die Stadt selber ist sein Raum. Ähnliches gilt für Sprachformen der Metakultur, wie sie etwa in dem Film „Blade Runner“ auftauchen. In der Stadt hat sich ein Slang entwickelt, der im städtischen Raum insgesamt die Metakultur repräsentiert. Eine Möglichkeit ist es also, daß der Raum der Metakultur die Gestalt der Stadt als Ganzes ist.

Es ist aber zum zweiten auch denkbar, daß die Metakultur Symbole entwickelt, die sich räumlich materiell niederschla-

---

6 Die Kernthese der Erregungstheorie von Berlyne verbindet die Attraktivität einer Situation mit der Komplexität und Neuigkeit der diese Situation kennzeichnenden Informationen. Die Beziehung ist: ein sehr geringes Komplexitätsniveau wird als unangenehm empfunden, ein sehr hohes ebenso. Dazwischen liegt ein individuell variierendes Optimumniveau.

gen, auf einen konkreten Ort bezogen sind. So hat das Bewußtsein, New York sei die Welt, konkrete Orte. Little Italy oder China Town sind nicht italienisch oder chinesisch, sondern das über das Partikulare der Kultur hinausreichende Element, das alle teilen. Ein Bestandteil löst sich aus dem inhaltlichen Kontext der Partikulkultur, hat aber sehr wohl einen Ort. Diese Orte werden zum Raumbild, zum symbolischen Ausdruck einer allgemein geteilten Sicht der städtischen Welt. Der Raum der Metakultur ist in diesem Fall Ort einer Partikulkultur, der aber nicht mehr das Besondere einer Kultur sondern den verallgemeinerten Beitrag dieser Kultur zur Metakultur repräsentiert.

Drittens ist es möglich, daß die verschiedenen Kulturen einer Stadt einen gemeinsamen Ort haben, an dem sie sich nicht als „ethnologisches Museum“, sondern in ihrer eigenen Kultur transzendierende Gemeinsamkeit repräsentieren. In New York könnte dies die ostentative Individualität sein, die man im Central Park lebt. Wenn es solche gemeinsamen Orte gibt, so sind sie hochsensibel gegenüber Vereinnahmungen durch die eine oder andere Kultur (und dies gilt auch gegenüber Ansprüchen der dominanten Kultur). Die beharrlichen zivilgesellschaftlichen Bemühungen um die Offenheit des Central Parks können ein Hinweis auf die empirische Existenz solcher gemeinsamen Orte der Metakultur sein.<sup>7</sup>

Wir hätten damit drei mögliche Raumtypen der Metakultur: die Gestalt der ganzen Stadt, ein sich transzendierender besonderer Ort einer Partikulkultur und Orte gemeinsam geteilter Repräsentation.

---

7 Siehe: Der Kitzel des Gruseligen, Der Spiegel 29, 1998, S.134ff.

#### **4. Abschließende Bemerkungen zur politischen Praxis der offenen Stadt**

Ohne Zweifel bedürfen die bislang vorgestellten Überlegungen und Thesen einer gründlichen und kritischen Diskussion sowie der empirischen Überprüfung, bevor man Schlußfolgerungen für die Politik und Planung einer offenen Stadt ziehen sollte. Es kann hier also nur darum gehen, darauf hinzuweisen, daß aus diesen Überlegungen überhaupt praktische Hinweise zu gewinnen wären. Ich möchte die Richtung meiner Überlegungen durch zwei Bemerkungen andeuten.

Auf Grund der vorgestellten Thesen zur kulturellen Konstellation der offenen Stadt ist es plausibel, über die Praxis der sozialen Durchmischung nachzudenken. Unsere These würde es nahelegen, kulturell homogene Stadträume nicht nur zuzulassen, sondern zu fördern. Die Planung und Politik hätte allerdings darauf zu achten, daß diese Gebiete durch ihre Ausstattung und den Erhaltungszustand, durch die Verkehrsanbindung und ihr öffentliches Image nicht zu Räumen der Diskriminierung werden können.

Die formulierten Thesen legen es auch nahe, daß Politik und Planung in einem gewissen Maße „Abwertungsräume“ zulassen, und daß in diesen Räumen die Regulations- und Kontroll-dichte zu verringern wäre. Dabei besteht die Schwierigkeit, solche Maßnahmen oder die Unterlassung von Maßnahmen so anzulegen, daß nicht der Eindruck einer dauerhaften Vernachlässigung oder gar Abkoppelung entsteht. Dies könnte dadurch geschehen, daß in solchen Gebieten die lokale Politik und Planung Beratung und Unterstützung für die Entwicklung gemeinschaftszentrierter Ökonomie anbietet.

Die beiden Überlegungen, die hier beispielhaft aufgeführt wurden, haben eines gemeinsam. Planung und Politik müßten Ambivalenzen zulassen. Zwischen Verfall und Sanierung entstünde ein Drittes: innere Stadtränder, genutzte Brachen, eben Nischen. Zwischen der sozialen Durchmischung und dem

„Ghetto“ entstehen „cultural areas“ mit eigenen Symbolen und einer Selbstregulierung des sozialen und ökonomischen Lebens. Neben der Marktökonomie steht eine Gemeinschaftsökonomie.

Damit wird erkennbar, daß die offene Stadt wahrscheinlich nicht ein klar strukturierter und insofern abstrakter Raum ist, sondern eher eine Reihung und Verknüpfung gelebter Orte, die Widersprüchliches miteinander verbinden. Ambivalenz ist ein wesentliches Kennzeichen der offenen Stadt. Das hat, wie man sich denken kann, erhebliche Konsequenzen für die Methoden der Planung.

### **Literatur**

- BÄHR, Jürgen/MERTINS, Günter: Die Lateinamerikanische Gross-Stadt, Darmstadt 1995.
- BAHRDT, Hans-Paul: Die moderne Großstadt, Reinbek 1991.
- BATUR, Efife (ed.): Istanbul - world city, Tarh Vakfi Yayinlari, Istanbul 1996.
- BERLYNE, D.E.: Konflikt, Erregung, Neugier, Stuttgart 1974.
- BRECH, Joachim/VANHÚE, Laura (Hg.): Migration. Stadt im Wandel, Darmstadt 1997.
- CHTOURIS, Sotiris/HEIDENREICH, Elisabeth/IPSEN, Detlev: Von der Wildnis zum urbanen Raum. Zur Logik der peripheren Verstädterung am Beispiel von Athen, Frankfurt 1993.
- DAVIS, Mike: City of Quartz, London 1990.
- LEFEBVRE, Henri: The Production of Space, Oxford 1991.
- PFEIL, Elisabeth: Großstadtforschung, Hannover 1972.
- SIEBEL, Walter: Die Stadt und die Fremden. In: Brech 1997 .
- SIMMEL, Georg: Die Großstädte und das Geistesleben. In: G. Simmel: Das Individuum und die Freiheit, Berlin 1984.

SIMMEL, Georg: Exkurs über den Fremden. In: Gesamtausgabe  
Bd. 2, S. 764-771, Frankfurt a.M. 1992.

SOJA, Edward W.: Thirdspace, Cambridge 1996.

THOMPSON, Michael: Die Theorie des Abfalls, Stuttgart 1981.

**JOHANN JESSEN**

## *Das Entstehen der Stadtsoziologie in Deutschland*

Werk und Wirkung von Alfred Georg Mahlstetter

Wie Sie sich denken können, freue ich mich sehr, zum Anlaß des 20jährigen Bestehens der Arbeitsgruppe Stadtforschung hier in Oldenburg vortragen zu dürfen; nicht allein deshalb, weil ich mich auch selbst ein wenig gefeiert fühlen darf. Von den ersten Anfängen an und mehr als die Hälfte der Zeit habe ich der Arbeitsgruppe angehört. Es war in jeder Hinsicht ein großes Glück für mich, daß ich hier lernen und arbeiten konnte. Diese Veranstaltung gibt mir die Gelegenheit, meinen damaligen Kolleginnen und Kollegen, vor allem Walter Siebel, sehr herzlich zu danken.

Den Vortrag möchte ich nutzen, um über ein Thema zu sprechen, das bisher zu wenig Aufmerksamkeit genossen hat: über die Geschichte der Stadtsoziologie in Deutschland. Da wir hier einen Jahrestag begehen, paßt ein solcher historischer Rückblick wohl auch zum Anlaß der Veranstaltung. Unerwartete Unterstützung hat mein Thema durch einige Ausführungen im Vortrag von Erika Spiegel erhalten. Mit ihren Zahlen zu den gravierenden Unterschieden im Umfang stadtsoziologischer Publikationen in den USA und in Deutschland während der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat sie meinem Vortrag eine „Steilvorlage“ in Gestalt eines empirischen Belegs beschert, auf die ich gar nicht zu hoffen gewagt hatte.

Warum wurden seinerzeit in den USA so signifikant mehr stadtsoziologische Arbeiten veröffentlicht als in Deutschland? Warum begann die empirische Stadtsoziologie im Chicago der 20er Jahre und nicht im Wien oder Berlin am Ende des vori-



gen oder zu Beginn dieses Jahrhunderts? Warum setzt die empirische Stadtsoziologie in Deutschland erst Anfang der 60er Jahre zu ihrer vollen Blüte an? Warum so spät? Schließlich gibt es Städte seit 6000 Jahren, die Soziologie seit über 200 Jahren, die Probleme kapitalistischer Stadtentwicklung seit mindestens 150 Jahren.

Die gängigen Antworten auf diese Fragen sind Ihnen bekannt: Zum einen habe erst der moderne Interventionsstaat durch seine Wohnungs-, Städtebau- und Sozialpolitik eine Nachfrage nach sozialwissenschaftlich gewonnenen Informationen erzeugt; zum anderen habe erst die Bildungsexpansion mit dem Auf- und Ausbau der sozialwissenschaftlichen Studiengänge an den deutschen Universitäten die erforderliche Zahl ausgebildeter Stadtsoziologinnen und -soziologen hervorgebracht, die diese Nachfrage auch qualifiziert befriedigen konnten.

Diese Erklärungen bleiben an der Oberfläche wie alle Ansätze, die soziale Phänomene allein in Kategorien von Angebot und Nachfrage fassen wollen. Um es vorweg zu sagen und damit ohne Umschweife zum Kern meines Vortrages vorzustoßen: Der tiefere Grund für dieses erstaunlich späte Einsetzen der Stadtsoziologie im deutschsprachigen Raum hat einen Namen. Der Name ist Alfred Georg Mahlsetter. Um die im Titel des Vortrags indirekt aufgeworfene Frage gleich mitzubeantworten: Das *Werk* von Alfred Georg Mahlsetter besteht darin, daß er fast zeitlebens seine ganze beachtliche Energie und Kreativität darauf verwandt hat, das Entstehen der modernen Stadtsoziologie im deutschsprachigen Raum zu verhindern, zumindest aber hinauszuzögern. Seine *Wirkung* besteht darin, daß ihm das auch gelungen ist.

Damit ist Alfred Georg Mahlsetter ein Bruder im Geiste von Gottlieb Theodor Pilz (1789-1856), den sicher einige von Ihnen aus der biographischen Skizze von Wolfgang Hildesheimer kennen, die jener anlässlich des hundertsten Todestags dieses ebenfalls wenig bekannten, gleichwohl bedeutenden

Mannes im Jahre 1956 veröffentlicht hat. Schon Pilz hatte es sich zum Lebenszweck gemacht, das Entstehen und Verbreiten überzähliger Werke zu verhindern. Bereits als Kind hatte er Klopstock, der häufig Gast im Pilz'schen Elternhause war und sehr gern aus seinem lyrischen Werk rezitierte, ganze Stöße frisch gedichteter Oden aus dem Ranzen entwendet, ohne daß jener es bemerkt haben soll. Wie bei Hildesheimer nachzulesen, griff er später zu subtileren Formen des Verhinderns. Unter anderem entwickelte er seine Theorie, wonach ernsthafte Komponisten nicht mehr als höchstens vier Sinfonien komponieren sollten. Es gelang ihm im Sinne dieser Theorie auf seine Musikerfreunde Robert Schumann und Felix Mendelssohn-Bartholdy einzuwirken, wobei Schumann später auch Brahms von dem Pilz'schen Theorem hat überzeugen können. Brahms beließ es bekanntlich ebenfalls bei vier Sinfonien.

War Pilz der große „Dämpfer“ (Hildesheimer) des 19. Jahrhunderts, so ist Alfred Georg Mahlsetter das Fleisch gewordene retardierende Moment in der deutschsprachigen Stadtsoziologie des 20. Jahrhunderts, und zwar auf eine höchst bemerkenswerte Art und Weise. Lautete die Devise von Pilz: „Mehr Worte - weniger Taten!“, so geht Mahlsetter deutlich über Pilz hinaus; seine Devise war: „Mehr Bilder - weniger Worte!“ Darum geht es in diesem Vortrag.

Was wissen wir über Alfred Georg Mahlsetter? Zu seiner Biographie liegt leider nur wenig Verlässliches vor. Er ist ein Kind dieses Landes und wurde im Jahre 1892 in Jever oder Zeven geboren. Sein Vater war Handelsreisender, die Mutter eine feinsinnige, gebildete Person, die den empfindsamen Sohn nach Kräften förderte. Schon bald zog die Familie, der beruflichen Karriere des Vaters folgend, zunächst nach Ulm, dann nach Wien, wo er seine Jugend in den so prägenden Jahren vor dem 1. Weltkrieg verbracht hat: Wien, eine *global city* der damaligen Zeit, in der die Widersprüche auf das Schärfste aufeinanderprallten, auf der einen Seite bittere Armut, soziales Elend, auf der anderen Seite überkommener Prunk, zur Schau

gestellte Verschwendung, zugleich aber auch ein sehr reiches kulturelles Leben; kurz: höchste Modernität und überlebte Tradition auf engstem Raum. Sigmund Freud, Karl Kraus, Adolf Loos: Man muß nur wenige Namen nennen, um das vibrierende intellektuelle Klima des Wiens um die Jahrhundertwende anklingen zu lassen; mittendrin der junge Alfred Georg Mahlsetter zusammen mit seinen Freunden, junge aufbegehrende Intellektuelle, die alles aufsaugten, was die Stadt ihnen an Neuem, Aufregendem und Provozierendem darbot. Ihre enorme Empfänglichkeit für das, was um sie herum geschah, verband sich bei ihnen mit etwas, was man höchste, aber zugleich ungerichtete Ausdrucksbereitschaft nennen könnte: Zentrum ihrer Leidenschaft, Objekt ihrer Haßliebe - bekanntlich eine wienerische Neigung - war die Stadt, in der sie lebten; viele von ihnen mit einer Fülle von Talenten ausgestattet, die sie ratlos und desorientiert mit der Frage allein ließ, ob sie sich dem Gegenstand ihrer Haßliebe schreibend, redend, zeichnend, malend, plastisch gestaltend oder komponierend nähern sollten. In dieser Zeit des Umbruchs war es immer wieder Alfred Georg Mahlsetter, der mit rastloser Energie seinen intellektuellen Freunden, diesen Jüngern der Avantgarde, Rat und Richtung gab: Schreibe nicht, male! Fast immer gelang es ihm, ihnen den Weg zur darstellenden Kunst zu zeigen, wobei er allmählich eine erstaunliche Virtuosität entwickelte.

Bei Oskar Kokoschka, dem ersten Adressaten seiner Bemühungen und späteren Liebhaber seiner älteren Schwester, war noch die Unsicherheit des Anfangs spürbar. Wie sie wissen, hat Kokoschka in seinen jungen Jahren nicht nur gemalt, sondern Dramen und Erzählungen verfaßt. In den Anfängen, als er stärker noch der Schriftstellerei zuneigte - war es der erst achtzehnjährige Mahlsetter, der - hier noch methodisch Pilz plagierend - dem älteren Freund Kokoschka in einer unbeobachteten Minute ein Manuskript vom Schreibpult stahl - vermutlich einen der ersten stadtsoziologischen Essays über das Wien der

Belle Epoque. Kokoschkas Zorn machte ihm sehr bald klar, daß dies keine nachhaltige, auch nicht besonders faire Methode ist, die Verbreitung stadtsoziologischer Texte zu verhindern. Es war dann wieder Kokoschka, bei dem er kultiviertere und sofort auch erfolgreichere Strategien erprobte. Ihm kam dabei entgegen, daß sich Kokoschka in seine ältere Schwester Irmtraud verliebt hatte. Mahlstetter, dem die Zuneigung nicht verborgen geblieben war, sicherte zu, Fäden zu spinnen und bei der Schwester ein gutes Wort für ihn einzulegen, vorausgesetzt allerdings, Kokoschka würde vom Fenster seiner Dachmansarde ein Bild von Wien malen. Der Grundstein für die vielen Stadtbilder von Kokoschka, die sein gesamtes Oeuvre durchziehen, war gelegt.



Abb. 1: Oskar Kokoschka: Stuttgart (1960)

Wenn man von Kokoschkas Bildern auf seine kulturkritischen Stadteassays schließen darf, die der junge Mahlstetter auf so unfeine Art einer breiteren Publizität entzogen hatte, muß es

sich wohl um Traktate konservativer Großstadtkritik gehandelt haben. Man sollte sich durch seine wild-pastose, damals revolutionäre Maltechnik nicht täuschen lassen. Hier ist ein Stadtromantiker am Werke. Das zeigt allein schon die Wahl des Ausschnitts; sie entspricht der Veduten-Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts, die noch von der Geschlossenheit eines Weichbildes der Stadt mit Kirche und Schloß als Mittelpunkt ausgehen konnte. Davon aber war die industrialisierte Stadt des frühen 20. Jahrhunderts schon weit entfernt; eine nüchterne Tatsache, der Kokoschka in seinen schwärmerischen Stadtbildern so gar nicht Rechnung tragen wollte.



Abb. 2: *Ludwig Meidner: Apokalyptische Landschaften* (1913)

In die Zukunft gerichtet dagegen war das Frühwerk von Ludwig Meidner, dessen geradezu prophetische Kraft heute immer noch ungläubig staunen läßt. Wenn man es nicht besser wüßte, würde man von diesen Bildern zerstörter Städte in der

Tat annehmen, sie seien Ende des 2. Weltkriegs entstanden und nicht im Jahre 1913, wie es tatsächlich der Fall ist.

Meidner und Mahlstetter, übrigens als Vettern dritten Grades auch verwandtschaftlich verbunden, kannten sich durch gegenseitige Besuche während mancher Sommerferien; eine Geflogenheit, die auf das Betreiben der Tanten zurückging und Mahlstetter schon in jungen Jahren in Kontakt mit der Berliner Künstlerszene brachte. Meidner war damals - was wenig bekannt ist und er selbst auch nicht nach außen kehrte - einige Jahre als Verwaltungsangestellter im Statistischen Amt von Berlin tätig. Er wechselte den Schreibtisch mit der Staffelei aus Enttäuschung über seine berufliche Arbeit. Über Jahre hatte er erfolglos versucht, aus den Datenbeständen der damals rasant wachsenden Stadt Berlin zuverlässige Hinweise für deren zukünftige Entwicklung herauszulesen. Seine Hinwendung zur Malerei war eine Flucht in die bildhafte Szenarientechnik, zu der ihn Mahlstetter auf einem Spaziergang durch die Neubaugebiete in Wilmersdorf angeregt hatte, und zwar mit Erfolg: erst die Malerei verlieh ihm die prognostische Kraft, die er vor seinen Datenbergen und beim Hantieren mit den statistischen Methoden in der Amtsstube so vermißt hatte.

George Grosz und Mahlstetter trafen sich während des 1. Weltkriegs in einer psychiatrischen Klinik, Mahlstetter damals Sanitäter, Grosz ein Patient, der diese für ihn bedrückende Zeit mit dem Abfassen von Gedichten verbrachte. Es wundert sicher keinen mehr, daß Mahlstetter Grosz' vielseitiges Talent früh erkannte und seine überlegene Position als Anstaltsbediensteter auszunutzen wußte. Rasch gelang es ihm, Grosz vom Gedicht zur Zeichnung zu drängen, diesmal unter Hinweis auf deren therapeutische Wirkung, die sich in der Tat bald einstellen sollte. Kurze Zeit später konnte Grosz die Anstalt verlassen und seine rastlose Zeichnertätigkeit in Berlin aufnehmen.



Abb. 3: George Grosz: Friedrichstraße (1916/1917)

Bei Grosz nimmt die Zeichnung die Form einer Sozialreportage aus dem „urbanen Dschungel“ an, womit sie die Wurzeln der amerikanischen Stadtsoziologie teilt. Der schnelle Strich des nahen Beobachters, das Skizzenhafte der Zeichnung, die den Moment erfaßt, auf das Wesentliche reduziert und gleichzeitig die Bilder nicht wertet, sondern das Dargestellte für sich sprechen läßt, speist sich offensichtlich aus eben der Mischung von voyeuristischer Neugier und sozialkritischer Empathie, die zur gleichen Zeit die Pioniere der Chicago-Schule zu ihren ethnographischen Sozialstudien veranlaßte: der skizzierte „Hobo“, hier in Strichen, dort in Worten.

Seine gezeichneten Fallstudien vertieft Grosz im gemalten Werk (Abb. 4). Aus der schnellen Reportage wird eine detaillierte Studie zur lokalen Macht und ihren Akteuren; sie stellt schonungslos und plakativ die beklagenswerten Folgen ihres Handelns bloß, in den Intentionen nicht unähnlich einer Stadtsoziologie, die sich später dann von der Frage nach dem *cui bono* leiten läßt, Partei ist und darin ihre Funktion sieht.





Abb. 4: George Grosz: Deutschland - ein Wintermärchen (1918)

Anfang der 20er Jahre war Mahlstetter kurzzeitig als Dekanatsassistent am Bauhaus in Weimar tätig. Es blieb seine einzige geregelte Arbeit. Aus dieser Zeit rührten seine nicht unproblematischen Kontakte zu Lyonel Feininger und Paul Klee. Mahlstetter war es, der auf Grund seiner informellen Schlüsselposition erfolgreich die Initiative der Studienkommission am Bauhaus hintertrieb, das Fach Sozialwissenschaftliche Grundlagen der Architektur und Stadtplanung in der Studien- und Prüfungsordnung der Schule zu verankern, obwohl mit Lyonel Feininger bereits der Fachvertreter berufen worden war. Welche Chance wurde damals vertan! Über die Berufung Feiningers auf das Fach Sozialwissenschaftliche Grundlagen sollte sich niemand wundern, der von der unorthodoxen, aber phänomenal erfolgreichen Berufungspraxis am Bauhaus weiß. Da ihn die Leitung der graphischen Druckerei des Bauhauses, mit der er abgefunden wurde, nicht auslastete, wandte sich Feininger - bekanntlich ein Spätentwickler - der Malerei zu. Hierzu wurde er ausgerechnet von Mahlstetter ermuntert, den wohl das schlechte Gewissen plagte. Mahlstetter versäumte selbstverständlich nicht, ihm die Stadt als dankbares Motiv anzupfehlen, mit dem - angesichts der Vorgeschichte wohl doch zynischen - Argument, er könne sich auf diese Weise den inhaltlichen Bezug zu dem Fach erhalten, dessentwegen man ihn ursprünglich ans Bauhaus geholt hatte.

Mahlstetters Einfluß muß erstaunlich groß gewesen sein. Stadtbilder nehmen im Oeuvre von Feininger großen Raum ein. Bei längerer Betrachtung dieser Werke läßt sich allerdings der Gedanke kaum unterdrücken, man müsse am Ende Mahlstetter doch dankbar sein, Feininger als Verantwortlichen für die sozialwissenschaftliche Ausbildung der Bauhausstudenten verhindert zu haben. Wie bei Kokoschka, so auch bei Feininger: konservativer Blick und revolutionäre Technik. Wenn er die Stadt malt, malt er meist die kleine Stadt, und dann vor allem die Kirche.



Abb. 5: *Lyonel Feininger: Barfüßerkirche in Erfurt I (1924)*

In den Bildern liegt stets eine andächtige Ruhe, die sich eher als eine Beschwörung vergangener, vermeintlich besserer Zeiten, denn als eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit der dynamischen Stadtentwicklung des beginnenden 20. Jahrhunderts begreifen läßt. Ob den Bauhausstudenten mit Soziologievorlesungen, die eine derart verengte, geradezu regressive Auf-

fassung von Stadt vermitteln, wirklich gedient gewesen wäre? Man darf es bezweifeln.



Abb. 6: Paul Klee: Städtebild (rot/grüne Accente) (1921)

Ein kühles Verhältnis verband Mahlstetter mit Paul Klee. Als sie sich kennenlernten, hatte Klee schon unzählige Stadtbilder ganz ohne Zutun von Mahlstetter gemalt. Das erklärt dessen Zurückhaltung. Mahlstetter fehlte die Herausforderung; seine Passion des Verhinderns und Umpolens lief bei Klee ins Leere. Aber auch das Systematisch-Variierende, fast Didaktische, was

Klees Stadtbildern trotz aller poetischen Überhöhung offenbar anhaftet, war ihm ungeheuerlich. Sein Malimpetus schien ihm dem analytischen und typisierenden Zugriff von Soziologie bedenklich nahe zu kommen.

In den geometrischen Konfigurationen, die die Stadt auf ihre wesentlichen morphologischen Elemente reduzieren, und in den klein- und großräumigen Abschattierungen erkannte er subtile Visualisierungen dessen, was heute „urban mosaic“ genannt wird: der Verflechtung funktionaler Elemente und des lokalgebundenen Netzes sozialer Beziehungen, das sich unabhängig von den individuellen Motiven und Interessen handelnder Akteure gleichsam hinterrücks herausbildet. In der bekannten Klee'schen Sentenz: „Kunst gibt nicht das Sichtbare wieder, sondern macht sichtbar.“ konnte Mahlstetter nichts anderes erkennen als das Credo einer sozialwissenschaftlichen Vorgehensweise, die Erkenntnisse über die Strukturzusammenhänge und funktionalen Beziehungen im System Stadt gewinnen, d.h. hinter der bunten, chaotischen Vielfalt die Regelmäßigkeiten, die Typik freilegen will. Das aber war nicht Mahlstetters Welt.

Sehr viel näher standen ihm die Expressionisten. Ihre übersteigerte Wahrnehmungsfähigkeit und die Leidenschaft, mit der sie die Subjektperspektive in die moderne Großstadtmalerei einführten, waren ganz nach seinem Geschmack; besonders plakativ erweist sich dies in den Fensterbildern.



Abb. 7: Max Beckmann: *Blick aus dem Fenster auf den Eiffelturm* (1930)

Hier wird die Stadt als eine immer schon subjektiv interpretierte, durch den Standort des Wahrnehmenden vorgeprägte Realität wiedergegeben: verzerrte Perspektiven, stürzende Linien, überzeichnende und grelle Farben. Was der Maler an

der Stadt für wahr nimmt, wird wahr in seinen Konsequenzen, insofern es ihm und dem Betrachter als Objektiviertes, als Farbe auf der Leinwand wieder entgegentritt. Das Interessante an den expressionistischen Stadtbildern ist nun, daß der Maler sich seines Standortes immer weniger sicher sein kann. Wie fragil und unsicher die moderne Künstleridentität ist, artikuliert sich bei aller scheinbaren Selbstgewißheit besonders deutlich in den Stadtbildern von Ernst Ludwig Kirchner.



Abb. 8: Ernst Ludwig Kirchner: Eisenbahnbrücke in Dresden - Löbtau (1926)

Von wo aus kann überhaupt dieses Bild gemalt worden sein? Der Maler steht nicht auf der Erde, nicht auf der Brücke, nicht im Zug. Er muß mit den Füßen von der Brücke hängen mit dem Kopf nach unten, um dieses Bildes so malen zu können. Die prekäre Position des Großstadtindividuum, das sich seiner selbst immer wieder vergewissern muß - ein Dauerthema der sozialpsychologisch orientierten Stadtsoziologie -

bei den Expressionisten finden wir sie vorgezeichnet, oder besser vorgemalt.

Das Wirken Alfred Georg Mahlstetters zieht sich wie eine Schneise durch die deutsche Malerei der Moderne. Er bewegte sich reisend durch die großstädtische Avantgarde der 20er Jahre. Ständig war er auf „Verhinderungs“-Touree; seine Spuren, beginnend in Wien, lassen sich über Berlin, Weimar, Dresden, Frankfurt bis nach München verfolgen. Dabei war er meist geschickt genug, nicht in die Rolle des Missionars und Predigers zu verfallen, die bei seinen Freunden, den Intellektuellen und Künstlern, ohnehin nicht verfangen hätte. So sorgte er durch seinen stillen Einfluß, dem man vermutlich nur durch eine entsprechende Auswertung der Malertagebücher näher auf den Grund käme, dafür, daß die Großstadt zu einem der wichtigsten Themen der modernen Malerei wird, ganz unabhängig von Selbstverständnis und Maltechnik der einzelnen Künstler. Die Stadtsoziologie dagegen trat nicht in Erscheinung. Diejenigen, die ihre ersten Exponenten hätten sein können, zogen es vor, ihre Zeit vor der Staffelei zu verbringen und in ihren Großstadtbildern die verschiedenen Strömungen künftiger Stadtsoziologie vorwegzunehmen.

Mahlstetter hat sie alle gekannt, sie zu nehmen und für die Großstadt zu gewinnen gewußt - mal als väterlicher Förderer, mal als jugendlicher Eiferer, mal als besonnener Mahner, mal als Intrigant und Schmeichler - aber immer mit einer zurückhaltenden Eleganz und einem untrüglichen Gespür für die Situation.

Aber Mahlstetter war nicht überall. Beispiel für die Grenzen seines Wirkens ist das Werk von Emil Nolde, in dem sich kaum Großstadtbilder, dafür aber zahllose Landschaftsbilder finden.





Abb. 9: *Emil Nolde: Landschaft mit jungen Pferden (1916)*

Das darf nicht verwundern. Nolde und Mahlstetter sind sich nie begegnet. Es könnte nun Stimmen geben, die auch in diesem Porträt der nordfriesischen Landschaft den Einfluß Mahlstetters entdecken wollen: Der Bezug zum Städtischen sei dadurch gegeben, daß Nolde hier im gedanklichen Vorgriff auf die Stadt von morgen Bauerwartungsland ins Bild setzen wollte. Darauf könnte der für dieses Bild ursprünglich vorgesehene Titel „Erwartung“ schließen lassen. Ich halte diese Interpretation aber für abwegig.

Gescheitert ist Mahlstetter einzig an seinem Freund aus Wiener Zeit, Robert Musil, der damals Bibliothekar an der Technischen Hochschule war. Bei allem Respekt vor dem Beitrag von Georg Simmel und Max Weber, „Der Mann ohne Eigenschaften“ ist das erste einschlägige stadtsoziologische Grundlagenwerk deutscher Sprache, das allerdings von seinem Verfasser zum Zwecke der bewußten Irreführung als Roman bezeichnet wurde. Warum, wissen wir nicht genau; man darf aber vermuten, daß er damit Mahlstetter besänftigen wollte. Da Musil sich

nicht - trotz anhaltenden und unnachgiebigen Betreibens Mahlstetters - zur darstellenden Kunst hatte drängen lassen, könnte dieser kleine Etikettenschwindel sein etwas hilfloser Versuch gewesen sein, gegenüber Mahlstetter seine deutliche Hinwendung zur Stadtsoziologie zu überspielen. Diese Irreführung wurde rasch durchschaut. Walter Siebel hat mir vor Jahren erzählt, daß einer seiner Hochschullehrer in Frankfurt ihm und seinen Kommilitonen im ersten Semester empfahl, statt die Seminare und Vorlesungen in der Unterstufe zu besuchen, doch ins Freibad - es war wohl ein Sommersemester - zu gehen, dort den „Mann ohne Eigenschaften“ zu lesen und vor allen Dingen alles zu behalten. Wer, wie Sie, mit dem Werk von Walter Siebel vertraut ist, weiß, daß er den Rat seines Lehrers beherzigt haben muß.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten fand auch das Wirken Mahlstetters ein abruptes Ende. Schlechte Zeiten für die moderne Malerei, schlechte Zeiten auch für jede Stadtsoziologie. Viele seiner Malerfreunde wanderten aus, Alfred Georg Mahlstetter ebenfalls, und zwar nach Großbritannien. Er zog sich in die schottischen Highlands zurück, züchtete Schafe, war eine kurze Zeit mit wenig Erfolg Trainer der schottischen Handballnationalmannschaft. Müde und desillusioniert kehrte er Anfang der 60er Jahre nach Deutschland zurück, ließ sich in einem Dorf auf der schwäbischen Alb nieder und führte dort das unauffällige Leben eines freundlichen, an seiner Umwelt nur noch mäßig interessierten Ruheständlers. Seine Bemühungen für die Malerei und gegen die Stadtsoziologie hatte er in Großbritannien nicht wieder aufgenommen. Vordergründig mag es daran gelegen haben, daß er, wie viele Emigranten, nicht wirklich hatte Fuß fassen können. Entscheidend aber war gewiß der Motivverlust: Die Stadt, die zu malen er über Jahrzehnte mit Erfolg propagiert hatte, begann sich in die Region aufzulösen. Was Stadt ausmachte, war nicht mehr zu greifen, schon gar nicht zu malen. Überdeutlich wird dies in zeitgenössischen Bildern wie diesen:

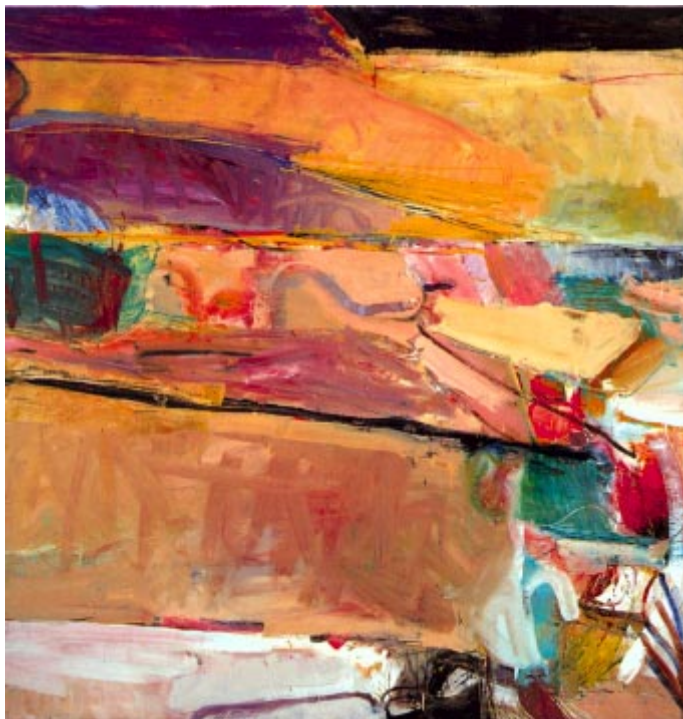


Abb. 10: Richard Diebenkorn: Berkeley #54 (1955)

Schon der Titel verrät es. Die Stadt ist zur austauschbaren Nummer geworden. Das abstrakte Bild lässt dem unbefangenen Betrachter die Deutung völlig frei: Ist es die metaphorische Darstellung von Gefühlen innerer Zerrissenheit, die der Maler mit Berkeley, und zwar zum wiederholten Male - verbindet? Vielleicht ist Berkeley sogar in diesem Fall ein Frauenname? Oder aber handelt es sich um eine naturalistische Darstellung von Berkeley nach einem Tornado? Wir können es allein durch Anschauung nicht mehr erschließen.

Spätestens Ende der 50er Jahre ist der Zeitpunkt der „Unmalbarkeit der Stadt“ erreicht. Die Großstadt als Gegenstand der modernen Malerei hat sich erschöpft. Als Epitaph der modernen Großstadtmalerei darf das Bild von Ed Ruscha „Talk about space“ gelten. Bild und Titel sagen es unverblümt: Was man nicht mehr malen kann, darüber muß man schreiben und reden.



Abb. 11: Ed Ruscha: *Talk about Space* (1963)

Die Malerei verliert sich im Abstrakten oder im Plakativen, die Stadtsoziologie übernimmt - wie beim Wetterhäuschen: die

moderne Großstadtmalerei verschwindet und an die Sonne hervor tritt die deutsche Stadtsoziologie. Das retardierende Wirken Mahlstetters hat sich erschöpft: keine Kapitulation, sondern ein allmähliches Verebben.

Das weitere ist bekannt. Viele von Ihnen, die Sie hier sitzen, haben diese letzten 40 Jahre entscheidend mitgeprägt. Deshalb kann ich mir dazu jedes weitere Wort ersparen und mich darauf beschränken, auf eine Frage einzugehen, die Sie sich sicher auch schon die ganze Zeit gestellt haben: Warum dieses Engagement, diese Obsession von Mahlstetter?

War es Gewinnsucht? Eigennützige Motive sollte man ausschließen, obwohl ihn seine Obsession zu einem wohlhabenden Mann gemacht hat, der - sieht man von den ersten Jahren ab - zu keiner Zeit materielle Not litt. Alfred Georg Mahlstetter mußte nie einer geregelten Arbeit nachgehen, allein schon deshalb nicht, weil er sich von seinen Freunden stets die schönsten Stadtbilder hat schenken lassen.

Wenn es nicht Habgier war, was war es dann? War es falsch-verstandene Liebe zu den Stadtsoziologinnen und Stadtsoziologen? Hat Mahlstetter sich von der etwas überspannten Ahnung leiten lassen, daß es Schicksal einer kritischen Stadtsoziologie sein müsse, zum ständigen Überbringer schlechter Nachrichten zu werden: Würden ihre unvermeidlichen Auflösungs-, Verlust- und Polarisierungsdiagnosen zur Lage der Stadt nicht irgendwann genauso unvermeidlich das provozieren, was bekanntlich mit Überbringern schlechter Nachrichten geschieht? Sah es Mahlstetter angesichts dieser bedrohlichen Perspektiven als einen Akt präventiver Fürsorge, die Stadtsoziologie, gar nicht erst in Erscheinung treten zu lassen?

Oder war es die Liebe zur Stadt? Sorgte er sich um das, was er - und nicht nur er - an der Großstadt schätzte: das Bunte, das Vielfältige, das Ungefähre, das Widersprüchliche, das Bizarre, das Überraschende, das Rätselhafte? Fürchtete er, daß das Urbane durch den sozialwissenschaftlichen Zugriff sich für

immer verflüchtigen würde, so wie das Rumpelstilzchen sich in Stücke riß, als man seinen Namen erriet? Wollte er das Städtische vor der Enträtselung retten, indem er es poetischen Anverwandlungen durch die Malerei überantwortete?

Wir wissen es nicht und werden es von ihm selbst nicht mehr erfahren können. Auch mir hat er es nicht verraten. Ich hatte ihn Anfang der 80er Jahre auf einem Urlaub in der Schwäbischen Alb zufällig kennengelernt. Mahlstetter war damals immer noch ein rüstiger, wacher Mann, dessen Vertrauen ich gewinnen und auch über die nächsten Jahre erhalten konnte. Er ist 1987 im hohen Alter von 95 Jahren, lebenssatt, wenn auch unbeachtet von der Welt, verstorben.

Seine wunderbare Sammlung von Großstadtbildern, die heute einen eigenen Museumsbau der schönsten Art gerechtfertigt hätte, gibt es leider nicht mehr. Mahlstetter mußte die Sammlung, die gegen Ende der 20er Jahre ihren größten Umfang hatte, nach und nach wieder verkaufen. Sie erwies sich als bitter notwendige Einkommensquelle in den Zeiten des Exils und als Alterssicherung nach dem Kriege. Alle Bilder sind auf die Tresore wohlhabender Kunstliebhaber sowie Kunsthallen und Galerien dieser Welt verstreut. Geblieben ist lediglich eine Kunstpostkartensammlung mit den Reproduktionen seiner früheren Bilder, insgesamt über 200 Gemälde und Zeichnungen, die sich in seinem Nachlaß fand und die freundlicherweise mir überlassen wurde. Selbstverständlich waren diese Karten für ihn nur eine klägliche Reminiszenz an die Originale. Aber immerhin haben sie es mir heute ermöglicht, Ihnen einen kleinen Ausschnitt davon vorzustellen.

Vielleicht sei mir an dieser Stelle eine Anregung für die Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gestattet: Könnte sie nicht - als Beitrag zur Suche nach den eigenen Wurzeln und vielleicht auch, um das durchaus ambivalente Wirken Mahlstetters in einer Retrospektive kritisch zu würdigen -, an eine der großen Kunsthallen der

Republik mit dem Vorschlag herantreten, die Sammlung Mahlstetter wenigstens ein einziges Mal für eine große Ausstellung zusammenzubringen?

Mahlstetter selbst hatte es mir freigestellt, seine Geschichte zu einem mir richtig erscheinenden Anlaß vorzutragen und damit eine der letzten, sicher auch von Ihnen schon lange schmerzhaft empfundenen Lücken in der Konstitutionsgeschichte der Stadtsoziologie zu schließen. Ich konnte mir keinen besseren Anlaß denken als dieses Kolloquium anläßlich des 20jährigen Bestehens der Arbeitsgruppe Stadtforschung. Aus meinen einführenden Worten des Dankes wissen Sie, warum.

### **Literatur**

DER TRAUM VOM RAUM. Gemalte Architektur aus sieben Jahrhunderten. Ausstellung der Albrecht-Dürer-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Kunsthalle Nürnberg. Katalog, Marburg 1986

GRASSKAMP, W.: Die Malbarkeit der Stadt. In: Daedalus 1996, Heft 50, S. 38-49

HILDESHEIMER, W.: 1956 - ein Pilzjahr. In: W. Hildesheimer: Lieblose Legenden, Frankfurt 1989, S. 151-165

LINDNER, R.: Die Entdeckung der Stadtkultur aus der Erfahrung der Reportage, Frankfurt 1990

MUSIL, R.: Der Mann ohne Eigenschaften, Reinbek 1978

## *Autorin und Autoren*

### **DETLEV IPSEN (1945)**

Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Gesamthochschule Kassel. Leiter der Arbeitsgruppe Empirische Planungsforschung am Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung.

Studium der Soziologie, Psychologie und Ethnologie in München, Wien, Mannheim sowie in Ann Arbor (USA) und Colchester (GB).

Veröffentlichungen (u. a.) „Von der Wildnis zum urbanen Raum. Zur Logik der peripheren Verstädterung am Beispiel von Athen“ (zus. mit S. Chtouris und E. Heidenreich), Frankfurt 1993; „Klang Wege“ (zus. u. a. mit I. Faust), Basel/Kassel 1995; „Das Überleben der Städte. Ökologische Perspektiven der Lebensqualität“, 1996; „Raumbilder, Kultur und Ökonomie räumlicher Entwicklung“, Pfaffenweiler 1997.

### **JOHANN JESSEN (1949)**

Professor für Grundlagen der Ort- und Regionalplanung an der Universität Stuttgart, Fakultät Architektur und Stadtplanung, Institut für Städtebau.

Studium der Architektur an der TH Darmstadt (1968 bis 1975). 1982 Promotion zum Dr. rer. pol. und 1990 Habilitation an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Mitglied der Arbeitsgruppe Stadtforschung von 1978 bis 1991. Seit 1992 an der Universität Stuttgart.

Veröffentlichungen (u.a.) „Nutzungsmischung im Städtebau. Trends und Gegentrends“ (1995); „Stadtplanung - eine lernende Disziplin?“ (1997); „Verkehrsmindernde Siedlungsstrukturen als Ziel der Stadtplanung“ (1997); „Stadtmodelle im



europäischen Städtebau - Kompakte Stadt und Netz-Stadt“ (1998); „Planung städtebaulicher Nutzungsmischung in Europa“ (1999).

### **WALTER SIEBEL (1938)**

Dr. rer. pol., Universitätsprofessor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadt- und Regionalsoziologie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Studium der Soziologie (Diplom) in Frankfurt, Promotion an der Technischen Universität Darmstadt.

Veröffentlichungen (u.a.) „New York - Strukturen einer Metropole“ (zus. mit H. Häußermann), Frankfurt 1993; „Festivalisierung der Stadtpolitik - Stadtpolitik durch große Projekte“ (zus. mit H. Häußermann), Opladen 1993; „Bauplatz Zukunft - Dispute über die Entwicklung von Industrieregionen“ (zus. mit R. Kreibich u. a.), Essen 1994; „Dienstleistungsgesellschaften“ (zus. mit H. Häußermann), Frankfurt 1995; „Soziologie des Wohnens“ (zus. mit H. Häußermann), Weinheim 1996; „Ökologie und urbane Lebensweise“ (zus. mit N. Gestring u. a.), Braunschweig 1997.

### **ERIKA SPIEGEL (1925)**

Dr. phil., Universitätsprofessorin (em.) an der TU Hamburg-Harburg, Stadt- und Planungssoziologie.

Studium der Soziologie, Nationalökonomie und des Öffentlichen Rechts an der Universität Heidelberg. Promotion zum Dr. phil. im Jahre 1956.

Veröffentlichungen (u.a.) „Neue Städte in Israel“, Stuttgart 1966; „Neue Haushaltstypen“, Frankfurt/New York 1986; „Die Stadt, der Städter und die städtische Gesellschaft - Was hält sie zusammen?“, Baden-Baden 1998; „Zur Institutionalisierung gesellschaftlicher Interessen auf der kommunalen Ebene“, 1999.